

# Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,90, monatlich 1,30 Mk. (Beifall.)

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechszeilige Postzeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühestens in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 89.

Dienstag, den 15. April 1919.

26. Jahrg.

## Die Lebensmittelfragen vor der Nationalversammlung.

Weimar, 14. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Ernährungsminister Schmidt.  
Der Abgeordnete Dietrichs-Baden (DDB.) hat sein Mandat niedergelegt.

Das Amtsgericht Jhehoe beantragt die Zulässigkeit einer Strafverfolgung des Abgeordneten Blum (DDB.).

Ein schwarzer Bewohner von Logo bittet in einem in tadellosem Deutsch abgefaßten Schreiben, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen alles anzubieten, damit Logo deutsch bleibt. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht eine sozialdemokratische Interpellation, die befragt, daß die Art, wie die Lebensmittel aus dem Ausland verteilt werden sollen, so wie die hohen Preise dieser Lebensmittel und sonstige Maßnahmen in der Ernährungsfrage große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen haben. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

Böhle (Soj.): Wir haben zum Reichsernährungsminister volles Vertrauen, wünschen aber Auskunft auf verschiedene Fragen. Die ausländischen Lebensmittel sollen nur in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern gehen, obwohl auch in den kleinen und mittleren Städten die Not groß ist. Wir verlangen eine Verteilung nicht nach der Bevölkerungszahl, sondern nach der Bedürftigkeit. Die Entente nützt unsere Notlage gewiß aus, aber die Verhältnisse werden noch verschlimmert durch die fortwährenden Streiks, deren Folge ein stetiges Sinken der deutschen Wälua ist. Gerade durch die Streiks der letzten Tage ist eine ganz wesentliche Verteuerung des ausländischen Fleisches und Getreides eingetreten. Unsere Arbeiter sollten das für eine ernsthafte Mahnung betrachten und sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden. (Mitteltage Zustimmung.) Den amerikanischen Weizen müssen wir mit 1 Mk. für das Pfund Mehl bezahlen. Im Kleinhandel kostet dieses Mehl aber bis zu 2,50 Mk. (das stimmt). Woher kommt dieser ungeheuerliche Aufschlag? In Berlin ist das ausländische Getreide den Großhändlern überwießen worden, anstatt es direkt an die Verbraucher abzugeben. Auch dadurch tritt wiederum eine Verteuerung ein. Im Notfall müßten Reichsmittel zur Verfügung stehen, damit jeder Verbraucher, auch der Minderbemittelte, sich ausländische Lebensmittel kaufen kann. Die Zukunft ist groß. Ein verstärkter Rübenanbau wäre wünschenswert. Ein Skandal ist es, daß auch in diesem Jahre Tausende von Kindern Zucker an die Weinbauer geliefert werden sollen. Die Aufhebung der Zwangsbesitznahme für Eier hat einen Eiermangel zur Folge gehabt. Das ist eine Banaltrivialisierung des freien Handels. Wir fordern Festhalten an der Zwangswirtschaft, solange eine Knappheit in den notwendigsten Lebensmitteln besteht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsernährungsminister Schmidt:  
Die Interpellation gibt mir willkommene Gelegenheit, verschiedene Irrtümer und falsche Anschauungen der Interpellation richtigzustellen. Zweifellos ist in der Bevölkerung gegenwärtig manche Unzufriedenheit über diese oder jene Maßnahme vorhanden. Viele fragen, wo denn die eingeführten Lebensmittel bleiben, andere wieder behaupten, die ganze Sache sei nur von Reichsernährungsamt unternommen worden, um die Bevölkerung zu beruhigen, und in Wirklichkeit sei überhaupt nichts da. Der dritte sagt, wenn das Reichsernährungsamt die Sache weiter leitet, würde alles in den Schleichhandel gehen. In der gegenwärtigen Zeit ist keine Torheit groß genug, um nicht geglaubt zu werden. Die Bestände können natürlich nicht in dem Augenblicke verteilt werden, wo sie im Hafen lagern, da erst über ihre Verteilung Dispositionen getroffen werden müssen. Ich kann aber nicht mit der Verteilung warten, bis die Bestände so groß sind, daß ihre gleichmäßige Verteilung über das ganze Land möglich ist. Ich muß zunächst gewisse Punkte bevorzugen und sie in den allgemeinen Verteilungsplan einrangieren. Gegen die Abernheit, daß ich die deutsche Bevölkerung täusche, brauche ich mich nicht zu verteidigen. Nur durch Betrug oder Diebstahl können die Waren in die Kanäle des Schleichhandels geleitet werden. Wenn von der allgemeinen Beurteilung der Bevölkerung gesprochen wird, so darf ich auch sagen, was mich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beunruhigt. Ich muß zu meinem Bedauern wahrnehmen, daß in letzter Zeit große Lebensmittelmagazine in erheblichem Umfange geplündert wurden (Hört, hört!) und daß diese Vorgänge im Ausland den Eindruck erwecken, daß wir überhaupt nicht in der Lage sind, eine geordnete Verteilung vorzunehmen. (Hört, hört!) Diese Vorgänge mindern unseren Kredit und erschweren uns erheblich die Einfuhr. (Hört, hört!) Einer meiner Patreireunde aus dem Auslande äußerte vor kurzem, man gewinne den Eindruck, als ob man in Deutschland der Spitzhube nicht mehr Herr werde und die christlichen Menschen in der Minderheit seien. Ich antwortete, das sei eine maßlose Uebertreibung; der Kern der deutschen Bevölkerung sei gesund und wir würden auch mit den Spitzhuben fertig werden. Beunruhigt bin ich dadurch, daß die Lebensmitteltransporte nur mit harter militärischer Bedung gehen können (Hört, hört!), weil für ihre Sicherheit nur dann Gewährleistung werden kann. Eine Beunruhigung entstand weiter dadurch, daß durch den Streik der Bankbeamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird. Der ganze Geldverkehr in einer großen Stadt wird in Gefahr kommen. Die Folge ist, wenn wir die Finanzierung unserer Einfuhr nicht ermöglichen, daß die Abschlüsse nicht zur Ausführung kommen und wir in neue große Schwierigkeiten mit der ganzen Lebensmittelversorgung gelangen. Mit großer Beunruhigung sehe ich die Schiffe aus deutschen Häfen mit Ballast abfahren, obwohl wir in der Lage wären, Kaff als Zahlungsmittel auszuführen. Das ganze organisatorische Talent des deutschen Volkes ist zu Bruch gegangen unter der Wirtschaft, die nicht das Interesse der Gesamtheit, sondern das eigene Interesse in den Vordergrund stellte. Schließlich kann doch nicht eine einzelne Erwerbsgruppe unter Ausschluß von der Zwangslage der heutigen Gesellschaft

auf die uneingeschränkte Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Wenn die Bergarbeiter eine bessere Lebensmittelversorgung für sich beanspruchen, so sage ich, niemand hat mir schwerere Hindernisse bei der Besserung der Lebensmittelversorgung in den Weg gelegt, als die Bergarbeiter durch die Ausstände. (Beifall und Zustimmung.) Was nun die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so habe ich zunächst angeordnet, daß die in Hamburg angekommenen Lebensmittelschiffe, da es doch für das ganze Land nicht ausreicht, in Hamburg, Altona, Berlin, Dresden, Leipzig und Magdeburg verteilt werden sollen, und zwar weil diese Städte bisher unzweifelhaft gelitten haben und weil der Transport nach diesen Orten von Hamburg aus am schnellsten und bequemsten erfolgen kann. Ich glaube, die süddeutschen Städte können den Beweis ihrer Bedürftigkeit in der Bekämpfung mit Mächtigkeiten liefern, und keine Stadt ist in der Lebensmittelversorgung so leicht gesteuert worden, wie z. B. Leipzig. Ich habe mich daher durch keine Vorstellungen davon abbringen lassen, diese bevorzugte Verteilung durchzuführen. Ich halte diese Bevorzugung für notwendig, auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen, denn es handelt sich dabei um Industriebezirke, die in erster Linie berufen sind, unser Wirtschaftsleben wieder hochzubringen. Ich sehe darin auch ein vorzügliches Mittel zur Bekämpfung der politischen Unruhen, die ihren Untergrund gewissermaßen in einem erheblichen Teil in der nicht ausreichenden Lebensmittelversorgung haben. (Sehr richtig!) Im übrigen stelle ich ausdrücklich fest, es soll niemand zurückgestellt werden. Auch die kleinen Städte werden besterleitet werden. Für den Augenblick handelt es sich nur darum, wofür die Bestände, die in beschränktem Umfange vorhanden sind, zunächst geleitet werden sollen. Darauf antwortete ich: Dabin, wo sie am dringendsten gebraucht werden, und das sind die Großstädte. Dieselbe bevorzugte Verteilung soll für den in Rotterdam lagernden Speck zugunsten des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes stattfinden. Es handelt sich hier um eine Arbeiterstadt, die volkswirtschaftlich außerordentlich wichtig ist und die ich mit allen Mitteln zur Arbeit zurückzuführen suchen muß. Das gleiche gilt natürlich für die oberpfälzischen, ebenso wie für die sächsischen Bergarbeiter. Ich bin selbst nicht mehr erbaud von dieser bevorzugten Verteilung, denn es gibt Arbeiter, die ebenso schwer arbeiten wie die Bergarbeiter (Sehr richtig!) und daraufhin mit Recht einen Anspruch für sich erheben. Aber ich habe mich schließlich doch entschlossen, die Grenze bei den Bergarbeitern zu ziehen, weil der Bergarbeiter in seiner ganzen Ernährungsweise ungünstiger gestellt ist, weil er nicht die Essenspause innehalten kann wie der Industriearbeiter.

Nun zur Preisfrage: Der Interpellant hat sich darüber aufgeregt, daß die Preise so hoch seien, und er hat ungeduldet, daß sich die Entente besonders hohe Preise auferlegt. Dieser Vorwurf ist ungenau. Die einzigen Schuldschreiben sind in dieser Frage in erhöhtem Maße wir selbst, weil nämlich infolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens unsere Wälua fortgesetzt in ganz erschreckender Weise sinkt. Bei meiner Preisfestsetzung vom 14. März konnte ich in Aussicht stellen, den Speck mit 8,37 Mark das Kilogramm liefern zu können. Durch das Sinken der Wälua ist der Preis am 10. April schon auf 10,82 Mark gestiegen. (Hört, hört!) Nehulich liegt die Sache beim Mehl. Bei der Verteilung des Mehles habe ich die Absicht, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, neben dem guten teuren Mehl ein minder gutes zu billigeren Preisen zu kaufen. Ich nehme an, daß die mehr bemittelte Bevölkerung vorzugsweise das teure Mehl kaufen wird und das billigere der minderbemittelten Bevölkerung überläßt. Allerdings bin ich der Meinung, daß ein großer Teil der Arbeiter heute so viel verdient, daß er auch das teure Mehl kaufen wird. Man hat meine Brotpreispolitik bemängelt. Ich brauche noch einen Zuschuß von 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung. Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gut gewesen. (Hört, hört!) Die Zwangswirtschaft ist also nicht zusammengebrochen. Hätten wir für die Großbetriebe der Landwirtschaft Kohlen, so wäre nach viel mehr Getreide abgeliefert worden. Wenn ich aber die 600 000 Tonnen Mehl für die Brotbereitung aus ausländischem Mehl hinzusetze, so ergibt sich bei dem Preise von 20 Dollar 64 Cent für die Tonne amerikanischen Weizens insgesamt ein Defizit für die Reichsstafte von über eine Milliarde Mark. Ich kann aber die Reichsstafte bei der Finanzlage nicht in Anspruch nehmen. Dieses Defizit erhöht sich noch um 1,5 Milliarden durch das Mehl, das ich für den Ausfall an Kartoffeln zur Verfügung stellen muß. Ich habe aber überhaupt keine sichere Disposition, denn ich weiß nicht, was ich herbeibringe. Die Entente hat mir zugesichert, daß ich dies Getreide einführen darf, aber ob ich es herbeibringe, weiß ich nicht. Also muß ich auf den Preis des Mehles eine Risiko-Prämie hinzurechnen. Haben wir in den nächsten Wochen größere Zufuhren, so kann ich den Preis wieder herabsetzen. Wenn meine Rechnung nicht stimmt, muß die Reichsstafte natürlich das Defizit tragen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotkarte ein größeres Quantum Mehl entnommen werden kann, dann können die begüterten Weizenmehl und die Minderbemittelten Brot entnehmen. Ich verstehe also die Getreidewirtschaft in die Brotwirtschaft und komme damit den Bedürftigen zu Hilfe, daß sie zu billigen Preisen Brot kaufen können. Für die Verteilung der Eingänge aus dem Auslande könnten wir eine neue Kriegsgesellschaft gründen oder eine große Expeditionsfirma beauftragen. Ich habe das letztere gewählt, denn ich habe keine große Begeisterung für Kriegsgesellschaften. Ich gründe keine neue Kriegsgesellschaft. Die Expeditionsfirma hat nur die Verantwortung zu tragen. Es geht aber nicht an, daß jede Gemeinde gerade so behandelt werden wird, wie sie es wünscht. Ein trauriges Kapitel ist, daß wir im November 95 Millionen Doppelzentner Röhren zählten, aber nur 85 Millionen Doppelzentner bearbeitet sind. Die meisten sind verkauft oder für Viehstürer benutzt worden, denn die Fabriken hatten keine Arbeitskräfte und keine Kohlen, weil die Bergarbeiter streikten. Arbeitermangel und Kohlenmangel erklären, daß wir

keinen Zucker haben und auch keine Marmelade haben. Der Mundvader der Haushaltungen wird aber nicht zugunsten der Marmeladenfabriken gestützt werden. Den Konfitürenfabriken steht Zucker zur Verfügung, denn als wir die Konfitürenfabrikation einschränkten, beklagten sich die Arbeiter über Arbeitslosigkeit. Wir müßten eigentlich die Einfuhr vermeiden, wenn wir andere Lebensmittel dafür einführen können. Aber ich würde großem Widerspruch begegnen. Ebenso wie wir uns eine Kasse hin und wieder gestatten müssen, müssen wir der Bevölkerung auch die kleinen Lederer der Konfitüren lassen. Die Konfitüren sind gewissermaßen die Zigarren der Kassen. (Sehr richtig.) So wenig ich das eine verziehen kann, so wenig das andere, obwohl beides nicht ganz notwendige Ausgaben sind. (Sehr richtig.) Allgemein kann man von einem Eiermangel nicht sprechen. (Da ich ich aber der Herr Minister gestattet, Red. d. Volks.) Die Eierpreise schwanken. Wo der Handel tatsächlich übermäßig hohe Preise nimmt, sollte man ihm auch Handelserlaubnis entziehen. Weshalb ist die Zwangsbesitznahme aufgehoben? Weil der große Verwaltungsapparat in seinen Verhältnissen zu dem Ergebnis kam, und dann hatten gerade die Kleinbauern die Befreiung der Eierbesitznahme verlangt. Die Regierung hat alles Interesse daran, mit den Kleinbauern in ein gutes Verhältnis zu kommen. Auch deshalb dieses Entgegenkommen. So wenig ich die Bergarbeiter zur Arbeit zwingen kann, so wenig kann das bei kleinen Bauern mit der Eierlieferung geschehen. Was in meinen Röhren steht, wird gegeben, um die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande zu fördern. In diesem Bemühen kenne ich keinen wertvolleren Bundesgenossen als die deutsche Arbeiterschaft; wenn sie die Erzeugung steigert, ist sie die beste Helferin in der Not. (Beifall.)

Schäfer (Z.): Die hohen Preise der ausländischen Lebensmittel können gerade von den schlechtesten inländischen Familien nicht bezahlt werden. Hier muß vom Reiche Hilfe geleistet werden. Die hohen Preise sind nicht allein durch die inneren Ursachen verursacht. Aber es ist richtig, daß alle Auflagen gegen die Regierung zwecklos sind, ohne nicht unsere Arbeiter und Angehörigen wieder zur Arbeit zurückzuführen. (Sehr richtig!) Eine Verteilung der Preise ist unbedingt notwendig. Man könnte die ausländischen teuren Lebensmittel den Bemittelten vorbehalten. Man könnte auch die Inlands- und Auslandswälua zusammen verrechnen und so zu einem Durchschnittspreis kommen. Der dritte Weg wäre die Uebernahme der Mehlkosten auf Reich, Staat und Gemeinde. Die Zwangswirtschaft darf nur beibehalten werden für Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln. Im übrigen muß sie möglichst schnell abgebaut werden. (Beifall im Saal.)

Dr. Berschoven (DDB.): Der Verteilungsplan des Herrn Ministers findet im allgemeinen unsere Zustimmung. Weniger klar liegen die Dinge einsehen noch auf dem Gebiete der Preispolitik. Der Kredit, auf den wir uns allein noch stützen können, ist der, den sich die privatwirtschaftlichen Unternehmungen in jahrelangem langer Arbeit draußen erworben haben. Es ist schließlich das Beste, wir organisieren die Aussonderung als festes Mittel gegen den Hunger. (Zuruf: Aber was?) Die Frage ist schwer zu beantworten. Aber gerade deshalb sage ich: Wir müssen mit allen Mitteln dahin arbeiten, wieder Arbeiter zu exportieren, und das zu erreichen, trane ich dem deutschen Volke noch immer die nötige Kraft und die nötige Energie zu. (Beifall bei den Demokraten.)

Frankfurt (DDB.): In der Beurteilung der verbrocherten Streiks stimmen wir ganz mit dem Minister überein. Wenn uns jetzt Kohle, Kaff und Eisen fehlen, um Nahrungsmittel aus dem Auslande zu erreichen, dann sind allein die Streiks daran schuld. (Zustimmung.) Wir erkennen dankbar an, daß der Minister Mut genug gezeigt hat, die Verhältnisse so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit liegen. In Angriffen auf die Landwirtschaft liegt kein Grund vor, denn die Landwirtschaft hat viel geleistet für die Ernährung unseres Volkes. (Zuruf links: Sie hat auch viel verdient!) Gewiß hat die Landwirtschaft jetzt Geld, aber wenn der Landwirt seine Wirtschaft erst wieder auf die alte Höhe gebracht haben wird, wird das Geld alle sein. (Sehr richtig!) Die Zwangswirtschaft hat versagt. Niemand im Reich hat alle Bedingungen befreit. Mindestens ist eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft möglich, vor allem für Obst. Aber auch für Hülsenfrüchte, Getreide, Hafer und vielleicht auch für Kartoffeln. Notwendig ist es noch eine Zeit für Weizengetreide und für Schlachtvieh. Haben wir erst einmal mehr Getreide zu Verfügung, dann wird die Fleisch- und Fettversorgung der Städte besser werden. Vor allem muß der Landwirt ausreichende Preise bekommen.

Duich (DDB.): Das Organisationstalent des deutschen Volkes ist zerkümmert worden durch die Revolution und ihre Nachwirkungen. (Sehr richtig!) rechts, Widerpruch links.) Die allzu hohen Arbeitslosenunterstützungen begünstigen die Arbeitslosen in der Großstadt. Die Regierung muß endlich dafür sorgen, daß die dazu geeigneten Arbeitslosen aus der Großstadt aufs Land zur Landarbeit gehen. Die Arbeitslosenunterstützung muß herabgesetzt werden. Die Preise des Kundbürgers sind viel zu hoch. Meine Fraktion billigt es, daß die Brotpreise nicht wegen des teuren Auslandsmehls erhöht werden; wenn in Deutschland gearbeitet wird, werden auch die Preise der ausländischen Lebensmittel sinken.

Wurm (NSD.): Von Konservativen ist noch niemals in solcher Weise den Arbeitern allein die Schuld an den Streiks zugeschoben worden vom Minister Schmidt. (Hört, hört!) bei den U. S. W.) Durch die Streiks wird allerdings unser Volksermögen sehr geschädigt. (Große Bewegung und lebhafter Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) Aber die Schuld trägt die jetzige Wälua der Regierung, die den Bergarbeitern erst jetzt das bemittelt, was ihnen schon vor Wochen hätte bemittelt werden müssen. Die Bergarbeiter streiken, weil sie bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen nicht mehr als sechs Stunden arbeiten können. Wir den oberpfälzischen Bergarbeitern haben wir uns in ganz kurzer Zeit,



verständnis. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Politische Streite.)  
Daß die politischen Parteien diese Sachen auszuheben, ist selbstverständlich. Wenn unsere Bergwerke und unsere Industrien nicht arbeiten, dann gehen wir zugrunde. (Beifolgende Zustimmung und Wohlgerufe.) Das ganze Staatswesen beruht auf Arbeit. (Wiederholte Zustimmung.) Deshalb müssen Sie die positive Arbeit fördern und die Arbeiter zu ihrem Recht kommen lassen. Statt dessen legt der Minister so hohe Wehrpreise fest, daß die ärmere Bevölkerung, wenn sie das Mehl kauft, es wieder verkaufen muß. So wird der Scheichhaubel gefördert. Die Reichskasse muß das Defizit auf den teuren Wehrpreisen tragen und durch progressive Steuern aufbringen. Die arme Bevölkerung muß vor allem kräftig ernährt werden. Dem freien Handel werden schon viel zu viele Jugendhindernisse gemacht. Es ist ja zu verstehen, daß die Regierung geneigt ist, der Landwirtschaft Zugeständnisse zu machen. Die Landwirte gelitten heute zu den Kriegsgewinnlern; aber die Erbitterung der Arbeiterchaft wird ungeheuer gesteigert, wenn sie sehen müß, daß diejenigen, die verpflichtet sind, ihre Interessen zu wahren, nach der Seite der Landwirtschaft die Interessen nachgiebiger als nach ihrer Seite hin vertreten. Die Arbeiter müssen erst wieder Vertrauen und Vertrauen an ihre Vertreter gewinnen. Dann werden sie auch ihre Ruhe und Arbeitslust wiederbekommen.

Reichsernährungsminister Schmidt: Gegenüber der Behauptung des Vorredners, daß die Reichsregierung nichts getan habe, um den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter im Kohlenrevier entgegenzukommen, stelle ich zunächst fest, daß die sogenannte Neuenkommission, die die Leitung des Streiks in der Hand hat, sich während ihres ganzen Bestehens nicht ein einziges Mal an die Regierung oder auch nur an die Werksverwaltung gewandt hat. (Hört, hört!) Es ist auch durchaus unrichtig, daß die Jugendhindernisse in Bezug auf die Lebensmittelverteilung im Kohlenrevier erst durch den Streik erzwungen sei. Wie noch der Streik begann, ist die jetzige Art der Verteilung beschlossen und zur Kenntnis der Arbeiter gebracht worden. Es ist auch nicht richtig, daß mit den Arbeitern gar nicht verhandelt worden sei. Es ist wiederholt mit Kommissionen der Gewerkschaften verhandelt worden und die Mitglieder dieser Kommissionen haben verhandelt, für die Beilegung des Streiks zu wirken. Das ist ihnen aber nicht möglich gewesen, weil die Unabhängigen sich unwillig zum größten Teil gegen den Abbruch des Streiks erklärt haben. Wenn es den Unabhängigen einmütig ist mit dem Appell an die Arbeiterchaft, wieder zur Arbeit zurückzukehren, so müssen sie einen entsprechenden Appell an ihre Verwaltungen im Ruhrgebiet richten. Bis jetzt haben sie das Gegenteil getan. (Sehr richtig!)

Ziele (S.) beklagt, daß die Lebensmittelversorgung durch die Revolution in erheblichem Umfange beeinträchtigt worden ist und verweist auf die großen Vorräte des Meeres, aus denen noch viel für die Volksernährung bereitgestellt werden könnte.  
Oberst Waig: Aus den militärischen Beständen ist bereits alles, was nicht unbedingt notwendig gebraucht wird, dem Reichsverwaltungsrat zur Verfügung gestellt worden. Die Militärverwaltung hat nur das behalten, was für die Verpflegung der Truppen bis zur nächsten Ernte unbedingt notwendig ist. Die Berechnung ist so knapp wie irgend möglich gehalten.  
Damit schließt die Aussprache.  
Nächste Sitzung Dienstag 9½ Uhr.  
Anträge, Ministervorlage, Ermächtigungsgesetz, Religions- und Wahlprüfungen.  
Schluß 7 Uhr.

## Verammlung der Lübecker Bürgerchaft.

b. Lübeck, 14. April.  
Der erste Stellvertreter des Vorsitzers, Präses H. Schenck, begrüßt die neuangewählten Bürgerchaftsmitglieder. An Stelle des zum Senator ernannten Vorsitzers A. Löwigt wird Gustav Schiers (Soz.) gewählt. Auf ihn entfallen 67 Stimmen von 70 abgegebenen.

Der Neugewählte dankt für die Wahl und ersucht um freundliche Unterstützung in seinem Amte.

Der Reichsbund der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen ersucht den Senat das Regimentshaus (Offizierskasino) in ein Kriegsschädigten-, Kriegsteilnehmer- und Kriegshinterbliebenenheim umzugewandeln. Das Heim soll allen Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmern und Kriegshinterbliebenen Lübecks ohne Rücksicht auf den ehemaligen Dienstgrad, den jetzigen Beruf oder die Zugehörigkeit zu irgend einer Vereinigung offenstehen, und den Genannten als Erholungsstätte dienen, ohne dem Zwange irgend welcher Ausgaben unterworfen zu sein.

Haut (Soz.) stellt eine Aeußerung in der letzten Sitzung richtig, die er gegen Herrn Oberbürger Hase gerichtet hat, die aber nicht Herrn Hase, sondern die Beamtenkommission angehe.

In die Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages betr. Aufhebung durch Trassendürer Einwohnern werden gewählt: Hagedorn, Haut, Hanzig, Niemann, Schäfer. Ersatzmänner: Dr. v. Broden und Zwonne.

1. Antrag: Einsetzung einer gemeinsamen Kommission des Senates und der Bürgerchaft.

Schiermann (Dem.) fragt, ob der Senat beauftragte, neben der bisherigen Regierung durch die Verordnung zur Neuwahl des Arbeiterrates eine dritte Regierung einzuführen. Die Soldatenräte seien von der politischen Bühne abgetreten und hätten einen anderen Aufgabebereich gefunden. Die Aufgaben der Arbeiterräte liegen noch in der Schwärze. Jedenfalls dürfe dieser Frage durch Landesgesetzgebung nicht vorgegriffen werden. Die Ausgliederung der Neuwahlen sei überaus wichtig, da sich der Senat bisher nicht über die Aufgaben der Arbeiterräte ausgelassen habe. Seine Fraktion unterstütze nicht die schwierige Lage des Senats, der aber auch nicht ohne Zuhilfenahme mit den rechtsstehenden Fraktionen hätte handeln dürfen. Die neuen Senatsmitglieder, deren Einfluß hier zu prüfen sei, dürften nicht nur demokratisch sprechen, sondern müssen auch demokratisch handeln. Redner stellt bestimmte formale Anforderungen an den Senat, in denen u. a. gefordert wird, wie man die berechtigten Interessen der Unternehmer gegenüber den Arbeiterräten zu schützen gedenke.

Senator Dr. Reumann: Der Vorredner überschätze die Aufgaben der Arbeiterräte. Diese seien ein Erfolg der Revolution, die jetzt auch noch keine gesetzliche Grundlage habe. Die tatsächlichen Verhältnisse müßten man berücksichtigen. Als sicher anzunehmen sei nur die wirtschaftliche Funktion der Arbeiterräte. Gewisse Aufgaben könne man noch nicht machen. Solange die Arbeiterräte existieren, müßten auch die Verhandlungen auf sie Rücksicht nehmen. Das Ganze sei eine Frage der Zweckmäßigkeit. Der Arbeiterrat habe sich durch seine Handlungsweise auf durchaus loyalen Weise auf den Boden der Regierung gestellt. Der Senat habe zur Frage der Arbeiterräte nicht Stellung genommen, da sie zur Kompensierung der Reichsregierung gehöre. Der Senat habe nicht die Aufgabe, neben dem Arbeiterrat weitere Organisationen zu schaffen, aber dem Rat besondere Aufgaben zu stellen. Die Neuwahlen zum Arbeiterrat hätten auch ohne die Mitwirkung des Senats oder der Bürgerchaft erfolgen müssen.

Dr. Wittern (Deutschn.) ist mit der Senatsklärung zufrieden. Sollten die Räte politische Funktionen erhalten, dann würden sie ebenfalls in derburschlicher Zusammenfassung an Stelle der Parlamente treten. Vielleicht wären sie dann der bessere Teil. Der Redner will diese Frage aber nicht näher ausdeuten. Er tritt dafür ein, daß die einzelnen Kommissionsmitglieder von den Fraktionen bestimmt und gewählt werden. Ebenso handle es sich bei der Wahl der bürgerlichen Deputierten. Redner stellt einen Antrag auf Umgestaltung der Geschäftsverteilung.

Bromme (Soz.) begründet die Notwendigkeit der Arbeiterräte und stellt die Arbeit der Kongresse, die sich mit ihren Aufgaben befassen. Die Tätigkeit der Arbeiterräte sei überaus wichtig. Sie besitze sich vor allem auf wirtschaftliche Betätigung, auf Verhandlungen, Vereinbarungen mit den Gewerkschaften, bei sozialpolitischen Streitigkeiten, im Produktionsprozess usw. Als politische

Faktor können sie nicht in Betracht. Die Wahl selbst sei auf gerechtem Boden aufgebaut und müßte längst vorgenommen sein.

Haut (Soz.) wundert sich, daß der Senat nicht daran denkt, den Arbeiterräten Aufgaben zu stellen. Ein solcher Auspruch hätte nicht fallen dürfen, denn das Vertrauen zu der heutigen Zusammensetzung des Senats sei nicht besonders groß. Jedenfalls werde den Arbeiterräten auf gleichmäßigem Wege eine Reihe von Aufgaben gestellt. Zu den Heeresverhältnissen übergehend, erklärt Redner, daß das bisher Gesagte nicht erfreulich sei. Die Freikorps entzweiten sich aus dem Wege eine Reihe von Aufgaben gestellt. In den Heeresverhältnissen übergehend, erklärt Redner, daß das bisher Gesagte nicht erfreulich sei. Die Freikorps entzweiten sich aus dem Wege eine Reihe von Aufgaben gestellt.

Senator Dr. Reumann erklärt wiederholt, der Senat werde die reichsgerichtliche Regelung der Arbeiterratsfrage abwarten.

Schiermann (Dem.) verteidigt seine nicht ausgesprochene Ansicht. Zwei seiner Worte sei gewesen, die Frage der Senatsveränderung zur Neuwahl klarzulegen. Es handle sich um eine rein private Angelegenheit. Wenn man aber solche Verordnungen herausgibt, müsse man mit allen Fraktionen Rücksprache nehmen.

Haut (Soz.): Die Neuwahl des Arbeiterrates nach dem vorzusehenden Statut wird allen Beteiligten gerzocht.

Dr. Görz (Dem.) findet die Zahl der Senatsmitglieder in dieser Kommission zu gering, da verschiedene Ausschüsse gewählt würden, die des Rates des Senats bedürften. Auch die Bürgerchaftsmitglieder müßten verklärt werden.

Der Senatsantrag mit den beantragten Änderungen wird angenommen.

2. Antrag: Erklärung des 1. Mai 1919 zum gesetzlichen Feiertag.

Bromme (Soz.): In den nächsten Tagen wird die Nationalversammlung diesen Feiertag beschließen. Es kann aber nichts Gutes, wenn wir hier etwas vorarbeiten. Die bürgerlichen Fraktionen sollten der neuen Zeit Rechnung tragen. In den 30 Jahren haben wir ihnen bei der Maifeier niemals Gelegenheit gegeben, mitzureden einzuschreiten. Wir haben am 1. Mai für unsere Forderungen demonstriert. Das habe und werde im 19. Feiertagsgedanken ist nicht mezzumischen. In allen Staaten muß den gerechten Forderungen der Arbeiter nachgegeben werden. Wir in Deutschland beabsichtigen diesmal vor allem die Forderung eines mehrheitlichen Friedens, eines Friedens nach Gerechtigkeit zu stellen. Nur ein solcher wird auch den Volkswidern begünstigen. Wir Arbeiter erhoffen am 1. Mai auch das Wiedererwachen der niedergelassenen Kultur, die große Idee des Weltfeiertags wird neue Kraft für die kommende Tage der Arbeit bringen. Stimmen Sie der Vorlage zu.

Dr. Görz (Dem.) hält den Wunsch, den 1. Mai als Feiertag festzusetzen, für eine feierliche Sozialdemokratie verständlich. Eine Reihe der demokratischen Bürgerchaftsmitglieder werde für den Antrag stimmen. Aber keine Fraktion sei dagegen, daß Lübeck allein diesen Feiertag einführen könne. Die rechte Wette könne ein Feiertag nur haben, wenn alle Volksteile dafür eintreten könnten. In diesem Jahre hatte dem 1. Mai nach das Kleingeld früherer Kampfesstimmung an. Sollte der 1. Mai reichsweit festgelegt werden, dann trsten auch seine Parteifreunde dafür ein. Erst müßten wir Ruhe haben im Lande. Nur die Arbeit könne uns retten, nur wenn Industrie und Handwerk und Landwirtschaft ruhig und sicher arbeiten könnten, würden wir wieder vorwärts kommen. Auch in der Lübecker Industrie zehre man an den letzten Reserven, da könne man keinen Tag preisgeben. Komme das Chaos, werde Lohn und Brot zurückgehen und für viele die Not vollkommen sein.

Dr. Wittern (Deutschn.) glaubt, die Deutschen hätten es nicht nötig, als Erste wieder die Weltfriedensidee zu propagieren. Der 1. Mai sei übrigens als Propagandatum in den Klassenkampf der Sozialdemokratie gestellt. Er soll jetzt ein Denkmal des Sieges der einen Partei über die andere sein. Das Trennende dürfe man jetzt nicht in den Vordergrund stellen. Wenn der 1. Mai das deutsche Volk beendete sei, dann sei es Zeit, einen Volksversöhnungstag einzuführen.

Bromme (Soz.) unterstreicht noch einmal, daß durch den 1. Mai gerade die Arbeit angepörrt werde. Die Kirche habe übrigens auch Feiertage, die nicht nach jedermanns Geschmack seien. Wer für Verklärung wirken wolle, müsse dem Senatsantrag zustimmen. Wir wollen Gleiches unter Gleichen sein. Der Arbeiter will nicht als Paria, mehr gelten.

Dreger (Soz.) weist auf die Wichtigkeit des 1. Mai als Feiertag für die Arbeiter hin, die früher Brot und Stellung für besten Preise opferte. Die Ablehnung der Bürgerlichen würde die Arbeiterchaft schwer vor den Kopf stoßen.

Dr. Wittern (Deutschn.) hält heute den 1. Mai nicht für die Verjüngung geeignet.

Schiermann (Dem.) glaubt, die Arbeiterchaft werde es begreifen, wenn das Bürgertum heute nicht für die Vorlage eintrete. Die tiefstlagenden Zustände hinderten den freien Handel, Auslandscredite und Lebensmittel zu erlangen. Da könne man nicht noch besondere Feiern einführen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Herstellung eines Hauptbüros in der Rakeberger Allee.

Mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Einbau von Altbauwohnungen in den Rückenräumen der alten Trassenstraße.

Dr. Wittern (Deutschn.) empfiehlt die Verwendung des Lehnbrauhäuses, über den gute Ergebnisse vorliegen.  
Sed (Soz.) erklärt, die neu zu errichtenden Wohnungen seien kein Idealzustand, die Wohnungen in der alten Trassenstraße sind zum Teil recht fertig. Auch sonstige Kostwandswohnungen, wie z. B. in der Pfaffenstraße sind recht primitiv hergerichtet. Gegen die große Wohnungsnot muß mehr gethosen. Es genügt nicht, daß der Staat Zuschüsse an Bauvereine gibt oder selbst baut, denn das Baumaterial ist heute schwer zu bekommen. Redner verweist auf die Verordnung des Demobilisierungskommissars, der schon am 10. Januar schärfere Maßnahmen forderte. Terner Schritt sei zu begrüßen, doch scheine den Pfaffenbüden Angst vor der eigenen Courage zu sein. Die Bevölkerung verlange eine schärfere Heranziehung von großen Wohnungsinhabern. Redner stellt den Antrag, schleunigt eine Verordnung herauszugeben, wonach Inhaber von großen Wohnungen Räume an Wohnungslose abzugeben haben.

Wandte (Dem.): Für dauernde Wohnungen kommen die Kohnwohnungen in der Pfaffenstraße nicht in Frage.

Rosenquist (Dem.) wünscht Anreize für den Wohnungsbau.

Senator Rulenkamp erklärt, die Obdachlosigkeit habe sich am 1. April nicht übermäßig erwiesen, wenn auch zugegeben werden müsse, daß manche Familien recht primitive Unterlunftsräume hätten. Auf Grund der bestehenden Bestimmungen könne man erlangen, was der Antrag Bed fordert.

Amrosius (Dem.) betont, daß auf Grund der Verordnung des Demobilisierungskommissars Wohnungen freigegeben werden. Es sei aber eine Nachprüfung angebracht, ob die Verordnungen durchgeführt werden können.

Begner (Soz.) bringt ebenfalls Beschwerden über mangelhafte Wohnungen vor.

Der Senatsantrag wird der Antrag Bed werden angenommen.

5. Antrag: Herstellung eines Sitzes in Schluß.

Schäfer (Soz.) tritt für die Vorlage ein, fordert aber eine andere Regelung der Ausgaben.

Der Antrag wird angenommen.

6. Antrag: Nachbewilligung auf die Kosten für die Herstellung von Zuckerrisengebäude in Borwert.

7. Antrag: Bestärkung der Mittel für die Baubehörde.  
Wird genehmigt.  
8. Antrag: Einsetzung einer Kommission über die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lübecker Rührer, der Staatsanwälte und der Gerichtsbeamten.

Haut (Soz.) wünscht Heranziehung an eine Kommission. Die Unterschiede in den Tagelöhnen müßten aufhören, ebenso die unterschiedliche Benutzung der Wagenkässe.

Witters: Die Kommission sollte sich überhaupt mit den Entschädigungsfragen befassen.

Der Antrag Haut wird angenommen.

9. Antrag: Gewährung einer Honorarunterstützung an die Witwe des Reichsboten Kari Koshara.

A. Puls (Soz.) wünscht endlich die Herausgabe der Ruhegehalts für Beamte und Angestellte. Der Staat muß eine Maßhalten sein und darf keine großen Unterschiede in den Gehältern machen, wie es tatsächlich hier in zwei verschiedenen Anträgen geschieht.

Der Antrag wird angenommen.

10. Antrag: Erlass eines Gesetzes betreffend das Verfahren vor der Ablösungskommission.

Seni (Deutschn.) tritt für baldige Wahl ein, da die Kommission recht viele Arbeit vorfinde.

Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Antrag: Schaffung der Stelle eines neuen Mittelschulleiters und Bewilligung der Mittel für die 3. Mädchen-Mittelschule für das Rechnungsjahr 1919.

Dr. Wittern (Deutschn.) fordert für die an der Mittelschule angestellten Lehrer die Bezeichnung Mittelschullehrer. Die Frage der Amtsbezeichnung und Titel sollte man allgemein prüfen.

Dreger (Soz.) bemängelt die Zurückdrängung der Gewerbeschule, die viele Räume für die Oberrealschule abgeben müsse. Die Oberrealschule müsse eben geteilten Unterricht einführen, wenn sie nicht auskomme. Die Gewerbeschule hoffe, daß die wegenomommenen 10 Klassen ihr zu Oflern zurückgegeben werden. Der Bau eines umfassenden Schulhauses für die Gewerbeschule ist notwendig.

Senator Rulenkamp erklärt es als das erste Bestreben der Oberbehörden, ausreichende Räume zu schaffen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

12. Antrag: Enteignung von Grundstücken für die Herstellung einer Gleisverbindung zwischen der Schlußer Dnie und dem Konstanthof.

13. Antrag: Enteignung von Grundstücken für die Herstellung einer Gleisverbindung zwischen der Schlußer Dnie und dem Konstanthof.

14. Antrag: Verleihung des Enteignungsrechtes an die Firma Wittern u. Vogt.  
Wird angenommen.

15. Antrag: Bewilligung von Kosten für den Umbau und den Neubau von Arbeiterwohnungen auf verschiedenen Stadteilen.  
Wird nach längerer Ausführungen von Schiermann (Dem.) angenommen.

Dr. Wittern (Deutschn.) und Senator Dr. Reumann angenommen.

16. Antrag: Gewährung eines Witwengeldes an die Witwe des Oberkontrolleors der Lübecker Straßenbahn Johannes Wittern.

17. Antrag: Erlass eines ähnlichen Rechtsgesetzes zum Einkommensteuergesetz vom 1. November 1913.  
Wird angenommen.

18. Antrag: Fahrpreisermäßigung für Kriegsveterane auf der Straßenbahn.

Amrosius (Dem.) hält Monatskarten zur Berufsstätte und zurück für vorteilhafter als die Bündelkarten, die leicht zu Schiebungen mißbraucht werden könnten. Sie brähten auch mehr Arbeit bei der Ausgabe. Die Einkommensgrenze für solche Karten müsse auch auf Kriegsbeschädigte mit größeren Familien Rücksicht nehmen.

Senator Dr. Vermehren verteidigt die jetzige Ermäßigungsgrenze, um rasch handeln zu können. Vielleicht lasse sich später eine Erweiterung vornehmen.

Radon (Soz.) tritt für rasche Erledigung der Vorlage ein, fordert aber Ausdehnung der Vergütung auf 3500 Mk. Diese Grenze müße auf die Arbeiter ausgedehnt werden, damit sie Wochenfahrkarten erhalten. Ebenfalls müße das kaufmännische Personal, die Verkäuferinnen und Lehrlinge berücksichtigt werden. Abkommenskarten müßten auch die Bewohner von Cleverbrück usw. Sie würden eine Verkehrsbelebung bringen. Freifahrten für notwendige Benutzung der Straßenbahn seitens der Bürgerchaftsmitglieder könnten bei dieser Gelegenheit auch geprüft werden.

Amrosius (Dem.) ergänzt seine Ausführungen dahin, daß die Vergütungen auch begrenzt seien und nur für Schwerverletzte gelte.

Der Senatsantrag wird angenommen.

19. Antrag: Gewährung einer Vergütung an die Mannschaft der Feuerwehr für Dienstleistungen an den wachfreien Tagen und Anbahnung des Stiefelwelses.

20. Antrag: Beihilfe an die Hydrobiologische Anstalt in Plön.  
Wird angenommen.

Schluß 10 Uhr 35 Minuten.

## Gegen Vergewaltigung.

Aus Paris wird gemeldet: Die Confederation Generale du Travail (Allgemeine Arbeitervereinigung) hat einen Aufruf verbreitet, der sich scharf gegen einen Frieden wendet, der nicht auf den 14 Punkten Wilsons beruhe. Wörtlich heißt es in dem Aufruf: Die Arbeiter Frankreichs, getreu ihrem Wahlspruch: Krieg dem Kriege, erheben sich gegen die Sabotage des Friedens. Der Aufruf verurteilt jede Form von Blockade und Vergewaltigung sowie politische oder militärische Interventionen, erinnert an die Grundzüge der französischen Revolution über das nationale Selbstbestimmungsrecht und schließt mit der energischen Forderung des wahren Friedens, den alle Völker unterschreiben können.

Wie der „Avanti“ meldet, hat die französische sozialdemokratische Partei sowie die englische Arbeiterchaft Sympathietelegramme anlässlich des von der italienischen Arbeiterchaft proklamierten Proteststreiks an diese abgehandelt. Der „Avanti“ deutet an, daß unter den sozialistischen Parteien der Ententeländer eine Bewegung zugunsten eines allgemeinen Proteststreiks gegen die Pariser Konferenz, die den Volkfrieden verwickle, im Gange sei.

Nach Havas beträgt der Schadensersatz 125 Milliarden Franken, von denen 55 Prozent Frankreich zufallen, alles in Gold, Rohstoffen, Waren oder marktgängigen Werten in Jahreszahlungen zahlbar. Das linke Rheinufer soll neutralisiert, auf dem rechten soll eine 50 Kilometer breite neutrale Zone geschaffen werden. Die deutsche Friedensdelegation soll Ende April in Paris eintreffen.

Der „Vorwärts“ schreibt zu den Friedensbedingungen: Die Entente ist im Irrtum, wenn sie glaubt, daß es irgend eine deutsche Regierung gäbe, die solche Friedensbedingungen unterschreiben könnte. Wollen die gegenwärtigen Machthaber von drüben sie durchführen, so werden sie die Sache selber in die Hand nehmen müssen. Sie müssen sehen, wie sie mit den Bewohnern des Saar-Gebietes fertig werden, die deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Und sie mögen selber erfahren, daß die in Vorschlag gebrachten Beträge von uns nicht herauszubekommen sind, selbst wenn man uns das letzte zerrissene Bettuch unter dem Leibe und die letzten Stiefel von den Füßen zieht.

## Aus der Nationalversammlung.

Der Ausschuss für die Friedensverhandlungen.

Der der Vorsitz für die Friedensverhandlungen legt sich aus dem Präsidenten der Nationalversammlung, Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 28 Mitgliedern aller Parteien zusammen: Feinbach (Zentrum), Vorsitzender; Schulz-Distpreußen (Soz.), stellvertretender Vorsitzender; Dietrich-Boisdam,



(Sch.)-Natl.; Hausmann (Dem.); Sozialdemokraten: Krähja, Poeb, Molkenbühr, Müller-Breslau, Frau Koch-Röhr, Frau Schilling, Schumann, Dr. Einsheimer, Stöck, Bonel, Weis; Zentrum: Ehrhardt, Groeber, Dr. Heim, Dr. Wager (Schwaben), Dr. Spahn und Trimborn; Demokraten: Folk (Schriftführer), Dr. Hermann-Polen, Dr. Duidde, Freiherr v. Richthofen, Dr. Wieland; Deutschnatl. Volkspartei: Kraut (Schriftführer), Dr. Graf v. Poladowsky-Wehner, D. Traub; Deutsche Volkspartei: Dr. Sirejemann; Unabhängige Sozialdemokraten: Ocher-Lelpzig und Haase-Berlin.

## Mus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 15. April.

### Der 1. Mai in der Bürgerstadt.

Die Volksfreundlichkeit der Demokraten war immer recht groß — wenn es sich um gutgedruckte Worte handelte. Sobald aber zu Taten geschritten werden muß, zeigt sich die Pferdehufe. Das ist eine alte Geschichte und wir würden sie in diesem Zusammenhang unbeachtet lassen, wenn nicht der demokratische Fraktionsredner Ausflüchte bei seiner Ablehnungsbegründung zum Senatsantrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag anzuerkennen, gebraucht hätte, die ein Raub- und Maus-Spiel darstellten. Nach der vorzüglichsten Befürwortung des Antrags durch unsern Genossen Bromme glaubte Dr. Görg die Zustimmung einiger demokratischer Bürgerstadtmitglieder zu dem Antrag überflüssig zu machen. Dem Forderung der Arbeit hatte noch zu sehr die Sieges- und Kampfstimmung der Arbeiterklasse an, die das Bürgertum wohl verstehen, aber nicht teilen könne. Zudem tue uns jetzt Arbeit nötiger als Feiern. Gewiß, auch wir wissen, daß Arbeit allein uns retten kann, aber die Anerkennung hätte auch der demokratische Redner der Lübecker Arbeiterschaft nicht vorzuziehen dürfen, daß sie trotz aller Gärung im Lande stets die Hände regte und Werte erzeugte. Hier hieß es Farbe bekennen, und da verlagte die Mehrzahl der Demokraten. Sie spürten jetzt die Ohren gen Weimar und hoffen von dort eine reichsgesetzliche — Ablehnung. Daß Herr Dr. Wittern von den Deutschnationalen das „Denkmal des Sieges der einen Partei über die andere“ nicht gleichschicklich festgelegt wissen wollte, registrierten wir nur der Ordnung halber. Genosse Dreger sagte den Herren folgerichtig, sie sollten doch nicht die Lübecker Arbeiter so platt vor den Kopf stoßen. Obwohl Herr Schiemann auch noch seine Vereblichkeit anwandte, um böse Kinder abzusprechen, fanden doch einige Demokraten den Mut, für den Senatsantrag zu stimmen, der dann mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurde. Ein Sieg der Sozialdemokratie, die Kraft ihrer Stärke heute positive Arbeit leistet. Nicht minder wichtig war der vorhergegangene Antrag, der die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerstadt vorschlug. Herr Schiemann von der demokratischen Fraktion benutzte die Gelegenheit, dem Senat einen Vorwurf zu machen, weil er die Wahlen zum Arbeiterrat ausschrieb. Der Arbeiterrat ist dem „Demokrat“ Schiemann ein gefährliches Ding, er wittert in ihm eine dritte Regierung, wie er überhaupt seit dem 9. November eine schlimme Wandlung sich vollziehen sieht. Schon jammerte der Redner über mangelnden Einfluß der Unternehmer und sieht in der Vorlage die Mitwirkung der neuen Senatsmitglieder. Eine Anerkennung für unsere Genossen im Senat, die wir gern verzeihen. Herr Schiemann mußte sich selbst vom Senatstische durch Dr. Neumann sagen lassen, daß man der neuen Zeit Rechnung tragen müsse und daß der Lübecker Arbeiterrat stets loyal gehandelt habe. Es war der beliebte Demokratenritt gegen die verhassten Arbeiterräte, den Dr. Wittern nicht mitmachte. Denn die Deutschnationalen haben schon aus berufenerem Munde mit der politischen Rhetorik harmonisiert, nicht um den Nutzen mehr Macht zuzulegen, sondern weil sie durch bezugsfähige Rhetorik die Weibereizung der eigenen Macht mit Hilfe des reaktionären Bürgertums wieder zu erobern hoffen. Die Genossen Bromme und Haut legten den sozialdemokratischen Standpunkt dar. Letzterer bedauerte den Senatsanspruch, daß man den Vätern keinen weiteren Aufgabenkreis zu stellen gedente und betonte, daß man in der heutigen Zusammenfassung des Senates noch nicht das Endresultat sehe. Damit war der Höhepunkt der 20 Anträge umfassende Tagesordnung überschritten. Beim Antrag über den Einbau von Kleinstwohnungen in die Küchenräume der alten Irrenanstalt brachte Genosse Bed die miserablen Zustände verschiedener Wohnungen zur Sprache, forderte scharfes Eingreifen, um der Wohnungsnot zu steuern und verlangte insbesondere starkes Ansehen der Verordnungen, die der Demobilisationskommissioner erließ. Die Rat der Zeit erfordere es, daß die großen Wohnungsinhaber für Wohnungslos Platz machten. Sein Antrag wurde angenommen. Auch Genosse Wegner brachte aus dem Landgebiet Wünsche vor. Ein Antrag Haut, den Senatsantrag, betreffend die Tagelöhner und Reiseflosten der Wägen Richter, Staatsanwälte und Gerichtsbeamten einer Kommission zu verweisen, wurde angenommen. Die jetzigen Unterschiebe der Vergütung an die Beamten sollen eingehend geprüft werden. Genosse Anton Puls verlangte endlich die Errichtung einer Ruhestandsrente und Genosse Dreger trat für die bedrängte Gewerbeschule ein. Bei der Vorlage für Preisermäßigung der Kriegsverletzten auf der Straßenbahn forderte Genosse Radde eine Ausdehnung der Vergünstigung auch auf die Arbeiter bis 3500 Mk. und Einbeziehung in diese auch für weitere Angehörigkreise. Ein Redewort gab es zwischen dem Demokraten Schiemann und dem Deutschnationalen Dr. Wittern, als der Firma Billeroy & Woch das Entzignungsrecht über einen Landbesitzer zurkannt werden sollte. Hier stellte sich heraus, daß ein Hamburger Konsul die Firma um jährlich 4000 Mark schröpfen wollte. Dieses gegenseitige Halsabschneiden hätte für uns kein weiteres Interesse, wenn nicht dadurch die Existenzbedingungen von 100 Arbeitern in Frage kämen. Der Kampf der erhitzen Gemüter endete mit der Annahme der Senatsvorlage. Erst 11 Uhr konnte der neue Vorsitzende die Sitzung schließen.

Eine Soldaten-Demonstration gegen die Herabsetzung der Löhnung auf den Friedensstand fand hier gestern nachmittags statt. In geschlossenem Zuge bewegten sich die Teilnehmer durch die Straßen der Stadt. Alles verlief in Ruhe und Ordnung.

Ein kurzes Frühlingsernter donnerste heute mittag einige-mal über unserer Stadt. Dann gab es wieder Sonnenschein.

Gaseinsparung. Die Lage des Kohlenmarktes hat sich in letzter Zeit derart verschlechtert, daß die Kohlenreserven unserer Gaswerke, wenn nicht sofort eine ausreichende Zufuhr einsetzt, binnen kurzem vollständig aufgebraucht sein werden. Mit allen Mitteln ist versucht worden, dieses Mißgeschick von Lübeck fernzuhalten; aber bei der völlig unzureichenden Förderung auf den Zechen und dem Verlangen des Transportmittelwesens waren alle dahingehenden Bemühungen vergeblich. Seit 6 Wochen ist die Zufuhr nach hier eingestellt; sie wird nach Mitteilung der Kriegsstelle wegen der Streikwirren im Ruhrrevier auch fürs erste nicht wieder aufgenommen werden können. Der Kohlenvorrat auf Gaswerk II, der am 1. Januar 7600 Tonnen, am 1. Februar 7200 Ton-

nen betrug, sank zufolge Beschlagsnahmeverfügungen und Sperrung der Zufuhr auf 1200 Tonnen am 1. April. Heute sind noch 600 Tonnen auf Lager. Angesichts dieses Mangels an Kohlestoff muß erneut darauf hingewiesen werden, daß ernste Störungen in der Gasversorgung unserer Stadt unvermeidlich erscheinen. Es wird aller Voraussicht nach dahin kommen, daß nur noch an wenigen Stunden des Tages Gas abgegeben werden kann. Näheres bleibt den demnächst erscheinenden Bekanntmachungen vorbehalten. Die kühnste Ersparlichkeit im Gebrauch des Gases ist vaterländische Pflicht!

Sanjtheater. Es ist der Direktion gelungen, Fräulein Trube Steinhausen zu einem letzten Gastspiel zu gewinnen. Sie wird am Donnerstag die „Czarosfürstin“ singen. — Am Karfreitag findet eine Musikaufführung des auf 40 Musiker vertheilten Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Kurt Blumentritt statt. — Karten sind bereits jetzt an den Vorverkaufsstellen zu haben.

Diebstahl. In der Nacht zum 13. ds. Mts. sind aus einem Hause in Straßensdorf folgende Sachen mittels Einbruchs gestohlen worden: 1 große blaumeißelierte Reisende mit Koffer, 2 hand-rechtholte Smyrnavorläge, 1 Mumeau, 1 Steppdecke, 1 Kopfkissen, 1 Wolldecke, 1 rotgeblümte Ueberbettdecke, 1 langes weißes Sockelstiefchen mit chinesischer Stickerei, 2 rolleisene Sockelstiefchen, 1 chinesische Messingschale mit Deckel und einige Federbetten.

Erwischt und festgenommen wurden zwei hiesige mehrfach vorbestrafte Arbeiter, die in verfloßener Nacht von einer Hofstelle in Rotekau aus wertvolle Pferde gestohlen hatten. Als sie diese an einen Verbedändler in der Fackelburger Allee verkaufen wollten, erregten sie Verdacht, worauf ihre Festnahme erfolgte.

Aus dem Stalle gestohlen wurde in der Nacht zum 12. ds. Mts. ein Mutterschaf auf dem Gute Hohenwarte.

Schwerer Diebstahl in Blankensee. In der Nacht zum 13. ds. Mts. sind aus der Kammer der Kliegerschule in Blankensee folgende Sachen gestohlen worden: 10 Kq. Leder, 18 neue Hemden, 180 Unterhosen, 27 Wollsocken, 24 Paar Strümpfe, 3 Kleiderjacken, 1 Kleider-Weinmantel, 3 Unterjacken, 4 alte Mäntel, 5 Paar Bekleidungsstücke, 2 Lederkopfschalen und 42 Rollen Zwirn.

Hamburg. Hamsterfahrten der Bauern. Wenn man bisher von Hamsterfahrten sprach, so verstand man allgemein darunter die Fahrten hungernder Großstädter und die gewerksmäßiger Schäferhändler in das Landgebiet, um dort bei den Bauern Kartoffeln, Butter, Eier und Speck und dergleichen schöne Sachen aufzutreiben. Weniger bekannt dürfte es sein, daß auch die Bauern Hamsterfahrten unternehmen, aber in die Großstadt, und sich hier mit allerlei Lederbissen versorgen, die auf dem Landgebiet nicht zu haben sind, die freilich auch dem Großstädter nicht allgemein zur Verfügung stehen. Dem „H. C.“ wird nämlich mitgeteilt, daß die Bauern, die mit dem Heiber Zug abfahren, das schönste Gemüse, wie junger Schnittsalat, der noch nirgends in Lübeck zu sehen ist, sowie Apfelsinen, Mandarinen, Zitronen und allerlei Süßigkeiten hausweise aus Hamburg fortzuschaffen, während der größte Teil der Hamburger Bevölkerung sich vergeblich nach solchen Sachen umsieht. Mit Apfelsinentischen, großen Stapeln Mandarinen, Äpfeln voll Zitronen und Gemüsetischen paden die heimkehrenden Bauern die Wagen so voll, daß kaum noch Platz für die Fahrgäste übrig bleibt. Diese Sachen bekommen sie natürlich nur gegen andere Waren. Zug um Zug. Die Großstädter haben auch hier wieder das Nachsehen. — Mädchenraub in der Dörsdorfer Erziehungsanstalt. Eine unerhört dreiste Tat ist am Montag mittag in der Dörsdorfer Erziehungsanstalt ausgeführt worden. Gegen 12 Uhr erschienen dort etwa 25 Halbfabrikte, teils bewaffnet und in Marineuniform. Unter Vorhaltung ihrer Revolver verlangte die Bande von den Anstaltsangestellten die Herausgabe des Zögling Anna Luise Breuer. Man mußte sich der Gewalt fügen und gab den Zögling frei. Die Mädchenräuber entfernten sich mit der Breuer in der Richtung nach Barndorf.

Hamburg. Mit den Generalkonferenzen befaßte sich eine Versammlung der Betriebsräte, Kartell- und Werksratdelegierten der Sozialdemokratischen Partei. Wie in Berlin und Bremen, haben sich auch hier „revolutionäre Obmänner“ etabliert, die bemüht sind, die Geschäfte der Volksherrschaft zu betreiben. Von der Versammlung wurde nach eingehender Beratung, in der als Weg zum Sozialismus nur die Demokratie bezeichnet wurde, folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: Die Verrechnungs- und Betriebsräte der sozialdemokratischen Partei lehnen jede Bevormundung durch die revolutionären Obmänner der Groß-Hamburg ab. Sie sind mit ihrem ganzen Herzen bei dem Gedanken der Einigung aller Arbeiter und verlangen von der Parteileitung, keine Gelegenheit vorbeizugehen zu lassen, wo sie der nötigen Einigung dienen kann.

Kiel. Lohnbewegung der Buchdrucker. In einer Versammlung der Kieler Buchdrucker wurde einstimmig beschlossen, Erhöhungen der Wochenlöhne zu verlangen, damit ein 240-Mark-Stundenlohn sich ergibt. Es wurde eine Lohnkommission, bestehend aus sechs Mitgliedern, gewählt, die sofort mit den Buchdruckerbesitzern verhandeln soll. Die Buchdruckerhilfsarbeiter verlangen die gleiche Wochenzulage wie die Gehilfen.

Kiel. Waffenfund beim Brinzen Heinrich. Auf dem Gute Himmelmart wurden bei einer Dausuchung 30 Infanteriegewehre, Seitengewehre, Patronentaschen, 2 Rillen Handgranaten und 4500 Schuß Gewehrmunition beschlagnahmt. Die Waffen sollen am 8. April nach Himmelmart gebracht werden sein. Der Vollzugsrat fordert strenge Untersuchung und Eingriff seitens Staats.

Bremen. Ein Ultimatum. Der Aler Ausschuss und der Vorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Vorstand der U. S. B., Spartakusbund, sich in Bremen, haben an die Regierung nachstehendes Schreiben gerichtet: „Die Fraktion der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund zu Bremen), sowie der Vorstand der U. S. B. haben in der bremischen Nationalversammlung wiederholt die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragt, nachdem von der bremischen Nationalversammlung unter gleichzeitiger Befürwortung der Regierungsvorläufer diese Forderung abgelehnt worden war. Auch stellt die bremische Arbeiterschaft durch die oben bezeichneten Körperschaften nachstehende Forderungen: 1. Aufhebung des Belagerungszustandes. 2. Freilassung der in Haft befindlichen Kameraden Gals und Dettmann. 3. Entschädigung und Unterstützung der Revolutionsoffer vom 4. Februar durch den Staat. 4. Gleichstellung der Lebensmittelverteilung der Bevölkerung mit der Stadtmehr. 5. Entwaflnung der Bürgerschaft und Bewaffung der gewerkschaftlichen und politischen organisierten Arbeiterschaft. 6. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung laut Forderung der Arbeitslosen. Die Unterzeichneten verlangen von der Regierung die Erfüllung der gestellten Forderungen bis Montag, den 14. April, nachmittags 3 Uhr. Sollte bis dahin die restlose Erfüllung der gestellten Forderungen nicht stattgegeben sein, so ist die Arbeiterschaft bereit, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sich für die Durchführung ihrer Forderungen einzusetzen.“

Theater und Musik. 22. vollständiges Konzert im Neuen Stadttheater. Das Musikleben Lübecks steht wieder einmal vor der wichtigsten Entscheidung einer Neuauflage des Dirigentenpostens der Symphonie- und vollständigen Konzerte. So wie die Dinge liegen, wird es ebenso schwierig wie verantwortungsvoll sein, die rechte Wahl zu treffen. Da ein Festiger vom Range des jetzigen nicht überhaupt nicht in Frage kommt, gilt es, einen Werkenden zu finden. Mein auch dieser wird, wie bekannt, mit großen Erinnerungen zu kämpfen haben. Herr Theodor Huber-Adernach, der sich gestern abend als erster Bewerber vorstellte, vermochte nicht von seiner künstlerischen Mission für die Nachfolge von Dirigenten von der klassischen Seite eines Dr. Goehler, dem genialsten Nachschaffenden eines Furtwaengler oder dem krassesten Draufgänger eines Ueberholz zu überzeugen. Wohl fehlt es ihm nicht an

Temperament und Musikalität, aber dem Partiturgebundenen mangelt die persönliche Note, das elektrisierende Stübchen, das dem Public die Herzen seines künstlerischen Tons zu den Hören entzündet und dort entzündet. Besonders trat dies bei den eigentlichen Kräftezeiten des Abends, der „Cortolan“-Ouvertüre und der F-Dur-Symphonie, in die Erscheinung, deren Vortrag das Verhältnis des Dirigenten zu Sprechern und Sprechern nicht genügend klar erkennen ließ. In der Leitung der übrigen Werke des Programms, insbesondere der „Oberen“ und „Hedermans“-Ouvertüre, traten dagegen die vorgenannten besseren Seiten des Gastes mehr hervor, wobei aber anumerieren ist, daß es sich hier um bei unserm vortrefflichen Orchester „schickende“ Stücke handelt, aus deren Vortrag ein Urteil auf die Qualität des jeweiligen Dirigenten schwer abzuleiten ist.

Ohne somit dem Probdirigenten von gestern abend künstlerische Eigenschaften abprechen zu wollen, muß festgestellt werden, daß er der Mann, den Lübeck nach seiner Vergangenheit braucht und fordert, offenbar nicht ist.

Das erste Probdirigieren erweckte somit weniger Ausblicke in die Zukunft als Rückblicke in die Vergangenheit. II.

## Mus Nah und Fern.

Lebensmittel-Munition in Oberschlesien. Wegen angeblicher Lebensmittelzurückhaltung kam es in Zabrze zu argen Ausschreitungen. Die Menge drang in das Lebensmittellager ein, um sich dort von den vorhandenen Vorräten zu überzeugen. Hierauf zog sie zum Bürgermeister, um nach Lebensmitteln zu forschen. Hier wurden Kleider, Wäsche usw. auf die Straße geworfen und unter die Menge verteilt, die Wohnungseinrichtung wurde demoliert und verwüstet. Dann begab sich die Menge nach dem katholischen Pfarrsaal, wo alles gestohlen und vernichtet wurde. Abends kam es zum Kampf mit einer Militärabteilung, wobei eine Person getötet und mehrere verwundet wurden. Nach Zurückziehung der Truppen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Zu Tode elektrifiziert. In Gironville bei Metz fanden zwei 12jährige Knaben den Tod durch Elektrizität. Von dem Mast einer Lichtleitung hing ein gerissener Draht herunter. Die Knaben mußten ihn angefaßt haben und konnten ihn dann nicht wieder loslassen. Man hat später die Kinder tot aufgefunden.

Kriegsgefangene bei Nürnberg. Ein schwerer Mitternachtsereignis sich in Windschad. Ein Doppeldiebstahl, der Klugblätter der Mehrheitssozialdemokraten von Nürnberg nach München und Augsburg bringen sollte, mußte wegen Notstands in Windschad landen, als das Flugzeug keine Bahn fortsetzen wollte, führte es im Anlauf in einen Hohlweg, in dem sich eine große Anzahl Kinder befanden. Drei Kinder wurden sofort getötet und zwei schwer verletzt.

## Neueste Nachrichten.

Zur Lage in München.

Bamberg, 15. April. In München ist heute nicht mehr geschossen worden. Die Spartakisten fühlen sich als Herren der Lage. Das Proletariat ist bewaffnet, die rote Garde wurde in Abteilungen von 500 Mann formiert. Als Tote wurden bisher 80 Personen gezählt. Truppen von Ingolstadt und Regensburg sind im Anzug. Der Bahnverkehr geht nur noch bis Passenhofen.

Die Friedenskonferenz.

Paris, 15. April. Wilson erklärte, daß die deutschen Bevollmächtigten für den 25. April nach Versailles eingeladen würden, um dort mit den Vertretern der Alliierten zusammenzukommen.

Die Berliner Presse wendet sich gegen die von Havas veröffentlichten Friedensbedingungen, die ein Hojn auf die Gerechtigkeit seien und die niemand in Deutschland gutheißen kann. Die Zustimmung, daß unter der Bevölkerung des Saargebiets nach 15 Jahren eine Volksabstimmung stattfinden solle, widerspreche dem Grundgedanken der Selbstbestimmung der Völker. Daß die Bevölkerung des Saargebiets deutsch sei, hätten die Franzosen bisher nicht angezweifelt.

Unruhen in Indien.

London, 15. April. Nach Reuters berichten die Bizekönige von Indien, daß am 11. April in Punjab im Jänstramland und in Bombay Unruhen stattfanden, die auf Agitation gegen die Aufhebungsvorschläge zurückzuführen sind. In Amrethar wurden 5 Europäer und 30 Aufreißer getötet. In Amadabek sind Häuser in Brand gesteckt worden und ebenfalls Todesopfer zu beklagen. In Lahore wurden bei Unruhen 3 Personen getötet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Wettbewerb für den Kleinwohnungsbau in der Provinz Lübeck.

Im Wettbewerb zur Gewinnung von Plänen für Ein- und Zweifamilienhäuser sind 31 Entwürfe eingegangen.

Das Preisgericht hat heute die in Aussicht genommenen Preise, wie folgt verteilt:

- Preis von Mk. 500.— Entwurf der Architekten Glogner & Vermehren in Lübeck mit dem Kennwort „In Eile“.
- Preis von Mk. 400.— Entwurf des Architekten Friedrich Strobelberger in Bad Schwartau mit dem Kennwort „Heimat II“.
- Preis von Mk. 300.— Entwurf der Architekten Glogner & Vermehren in Lübeck mit dem Kennwort „Gütung“.

Außerdem hat das Preisgericht empfohlen, 10 weitere Entwürfe für die Durchführung der Bauten anzufaufen. Es sind die Entwürfe mit den Kennworten „Christine, am Schwartauer Holz, Heimat I, Leutesfreunden, Kriegersheim, Mopsel, Volkswirtschaft, Wobentandig, Güte Güte, Siedgen.“ Die eingegangenen Entwürfe sollen in den Tagen vom 20. bis zum 28. April, vormittags 11 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, in den Räumen des Technikums in Gütin ausgestellt werden. Gütin, den 10. April 1919.

Landesvorstand. Meyer-Rodenberg.

## Bekanntmachung.

Zu der Zeit vom 16.—20. April 1919 kann auf den Abschnitt 58 der Belegkarte für Eier des Lebensmittelkartenheftes und der Lebensmittelkarte, sowie den Eierabschnitt für Militärurlauben (für die Woche vom 14.—20. April 1919)

ein Ei (Auslandseier)

zum Preise von 70 Pfg. für das Stück

verabfolgt und entnommen werden.

Die Abgabe der Eier erfolgt in den durch gelbes Aufhängeschild „Verkauf von Eiern“ kenntlich gemachten Verkaufsstellen, Lübeck, den 15. April 1919.

Das Landesverjorgungsamt.



# Zum Groß-Reinmachen

Scheuerbürsten . . . . .	4.50	2.75	2.25	1.75	Tassenbürsten . . . . .	2.25	1.75	1.15	85.5	50.5	35.5
Schrubber . . . . .	5.—	4.50	3.25	2.45	Scheuertücher . . . . .						1.95
Haarbesen . . . . .	16.50	12.50	9.50	8.50	Grosse Lederschwämme . . . . .						1.25
Handfeger . . . . .	6.25	5.—	4.50	4.—	Metalltopfreiniger . . . . .						45.5
Abstäuber . . . . .	4.—	1.45	85.5	60.5	Schuhputzbürsten . . . . .	3.50	2.95	2.45			1.45
Klosettbürsten . . . . .	3.75	2.75	2.25	1.95	Auftragbürsten . . . . .				45.5	85.5	15.5
Kleiderbürsten . . . . .	14.50	7.50	7.—	6.25	Schmutzbürsten . . . . .				2.95		1.95
Hutbürsten . . . . .	1.95	1.45	1.35	65.5	Fensterwascher . . . . .						2.5
Kopfbürsten . . . . .	22.50	9.50	7.50	5.75	Zylinderputzer . . . . .	1.25	90.5	65.5			50.5
Kopfkardätschen . . . . .	15.—	9.50	6.75	5.75	Putzwatte für Silber und Alpaka . . . . .						75.5
Möbelbürsten . . . . .	6.25	4.—		3.50	Handwaschbürsten <sup>aus Fiber u. Borsten</sup> . . . . .	2.95	1.25				95.5
Eckenbürsten . . . . .	3.75	3.25	2.95	2.25	Bohnermasse . . . . .				Dose ca. 1 Pfd.		6.—

Strassenbesen . . . . . 2.95 Verkauf im 3. Stock. Butterbrot-Papier . . Paket 95.5

## Rudolph Karstadt

Kom.-Ges.

### Bekanntmachung

Unser Hauptbureau einschließlich Hauptbureau Roeschstr. 49 a. ist für das Publikum geöffnet: **Werktag von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags.**

Wochenkarten ausgabe: **Sonnabends bis 6 Uhr abds. Sonntags vormittags 9 bis 12 Uhr.** (757)

Lübeck, d. 14. April 1919.  
Lübecker Straßenbahn.

### Haftgüterverkehr

Wegen des durch den Betriebsunterstand verursachten Kohlenmangels können am 17., 18., 19. d. Mts die Hafens- und Industriegüter in Lübeck nicht bedient werden. Nächste Warenausstellung Dienstag, den 22. April. Die Direktion der Lübeck-Hamburger Eisenbahngesellschaft.

### Vorträge

der Oberlandesbehörde.

Professor Dr. Biader. **Die Grundlagen unserer Kenntnis vom Weltgebäude.** 7 Vorträge am 22., 25., 28. April und 2., 5., 9. und 12. Mai 1919, abends 8 Uhr, in der Aula des Johanneums.

Preis für die Vortragsreihe Mk. 2.00.

Die Karten sind an den üblichen Stellen und abends an der Kasse erhältlich. (758)

Esst wieder vorrätig.  
Frau Emma Möller,  
Gnaatstraße 72. (766)

### Blockwagen

3-8 Zentner Tragkraft.  
Karl Schalmrich  
778 Röhrenstr. 28.

Altes Gold und Silber, feine Gebisse, Brillanten u. gefaßte Goldschmied  
Johs. Tollgreve,  
92 Köpflstr. 92. (777)

Kaltbare **Hosenträger** weiche Kragen zum Selbstwaschen **Krawatten** **Papier-Wäsche**  
Aug. Janensch  
778 Sandstraße 6.

### Atelier

**„Ideal“**  
Breite Straße 39.  
Beste Bezugsquelle für **Konfirmanden.**

Unsere Kassen und Geschäftsräume bleiben am

**Ostersonntag, den 19. April 1919**

geschlossen.

Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H.,  
Commerz-Bank in Lübeck,  
Commerz- und Diskonto-Bank Filiale Lübeck,  
Dresdner Bank Filiale Lübeck,  
Alfons Frank & Co.,  
Holsten-Bank Abteilung Lübeck,  
Kreditbank Lübeck, e. G. m. b. H.,  
Landbank Lübeck, e. G. m. b. H.,  
Lübecker Privatbank,  
Spar- und Anleihe-Kasse Lübeck,  
Spar- und Vorschuß-Verein Schwartau,  
Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck,  
Louis Wolff, Kommandit-Gesellschaft. (782)

### Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich am 17. April ein

**Barbier- und Friseur-Geschäft**  
**Lange Reihe 1**

eröffne. Es wird mein größtes Bestreben sein, die verehrte Kundenschaft bestens zu bedienen. Bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.  
Schwartzungswoll (850)

Otto Bruhn, Friseur.

# 3

besonders preiswerte **Kleiderröcke**

aus guten wollgemischten Geweben bietet Ihnen unsere Damenkonfektion

**39<sup>Mk.</sup> 48<sup>Mk.</sup> 58<sup>Mk.</sup>**

## Rudolph Karstadt

Kom.-Ges.

### Schuh-Reparaturen

aller Art, Vorblätter, Umarbeiten von Militärstiefeln, werden in 1-2 Tagen fertiggestellt in den Schuhreparatur-Werkstätten

E. M. C. Beschenbossel

Glandorpstraße 1. (817)

Hüsstraße 50.

Prima Kernleder.



### Kolosseum.

Mittwoch, den 16. April:

## Gr. Ball.

Anfang 6 Uhr. (849)

Heinrich Ohde.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebene.  
Sitz Berlin — Ortsgruppe Lübeck.

## KONZERT

am Mittwoch, dem 16. April 1919  
in den Central-Hallen  
Dankwartsgrube 20,

zum Besten unserer Unterstützungskasse  
ausgeführt von der Schutzmannskapelle  
unter Leitung

des Herrn Polizeiwachtmeisters Gebert.

Eintritt a Person 1.— M. Anfang 7 1/2 Uhr abends.  
Kassenöffnung 6 Uhr.

NB. Mitglieder zahlen gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte M. 0.50.

Karten im Vorverkauf sind in unserer Geschäftsstelle, Dankwartsgrube 20, nachmittags von 5-7 Uhr zu haben.  
781) Abt.: Unterhaltung.

### Unabh. Sozial. Partei.

Ortsgruppe Lübeck.

Oeffentliche

## Versammlung

am Mittwoch, dem 16. April  
abends 8 Uhr

im Konzerthaus Fünfhausen.

Tagesordnung:

Generalrat. — Kästgenitem.

Referent: Der frühere Reichstagsabgeordn. Vogtherr-Berlin.

Freie Aussprache.

804) Der Einberufer.

Deutscher

## Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck.

## Achtung!

## Bauklempner!

Die Versammlung findet nicht

Dienstag, sondern

Mittwoch, den 16. April 1919

abends 7 1/2 Uhr  
bei Möller, Hüsstr. 110 statt.  
882) Die Ortsverwaltung.

### Damenhüte

in reicher Auswahl. 778  
Modernisieren,  
Umpressen u. Färben  
schnell u. billig.  
A. C. Füber,  
Packerburger Allee 11.

### Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck

### Ordentliche Ausschußsitzung der Vertreter

Sonnabend, den 26. April  
abends 7 1/2 Uhr pünktlich  
in Knorrs Restaurant,  
Klingenberg 2.

Tagesordnung:

1. Verwaltungsbericht und Abnahme der Rechnung für das Geschäftsjahr 1918.
2. Satzungsänderung (Erhöhung der Rassenbeiträge).
3. Aenderung der Dienstordnung.
4. Genehmigung des neuen Arbeitsvertrages.
5. Sonstige Rassenangelegenheiten.

Bei Behinderung des Ausschußmitgliedes wird der Vertreter aufgefordert, wenn dies spätestens 8 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird. Die Erfassten der Ausschußmitglieder können der Versammlung als Zuhörer beiwohnen.

Lübeck, den 9. April 1919.

Der Vorsitzende des Vorstandes,  
780) Körner.

### Luisenlust

Morgen Mittwoch:

### Tanzkränzchen.

Anfang 6 Uhr. (886)

1. und 2. Oftertag:

### Tanz.

P. Fehlbeg.

### Theater-Verein Freiheit

(früher Dilettanten-Klub)

### Der Theaterabend

findet umständehalber nicht  
Oftersonntag, sondern am  
Freitag, den 25. April statt.  
Verkaufte Karten behalten  
Gültigkeit. (784)

## HANSA THEATER

Mittwoch, abends 7.15 Uhr:

### Die Fahrt ins Glück.

Operette von J. Gilbert.

Donnerstag: Letztes Gastspiel  
Trude Steinhagen!

### Die Czardasfürstin

Freitag: (788)

### Musikaufführung.

(Näheres siehe Plakate.)

### Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

810

Dienstag, den 15. April:

Zum letzten Male!

### Isebill.

Das Märlein von dem Fischer  
und seiner Frau.

Mittwoch, den 16. April:

Einmaliges Gastspiel von  
Willy Buers vom Stadttheater  
in Hamburg:

### Othello.

Jago: Willy Buers.

Donnerstag, den 17. April:

Zum letzten Male!

### Struensee.

Sonnabend, den 19. Apr:

### Der Bettelstudent.



## Zweiter deutscher Räte-Kongress.

(Sitzung vom 13. April.)

Korrespondent Däumig: Ich bin nicht mit großen Hoffnungen auf diesen Kongress gekommen, ich bin aber doch erschrocken über die Herzengröße, mit der dieser Kongress an die verschiedenen Fragen herantreten ist. In der Beurteilung der Verlammlung sind die Arbeiter oft recht schlecht weggekommen. Dagegen habe ich auf eine entsprechende Charakterisierung der Regierung und der Kapitalisten vergeblich gewartet. Ich weiß, daß es die Regierung augenblicklich nicht leicht hat, aber ich habe mit Schrecken wahrgenommen, daß die Regierungsvertreter, die hier das Wort genommen haben, noch ganz in den Ueberlieferungen des alten Obrigkeitsstaates befangen sind. Sie haben sich nicht einmal die Mühe gegeben, sich eine neue Sprache zuzulegen. Mit solchem Rüstzeug kann man den Anforderungen revolutionärer Zeiten nicht entsprechen. Als wir hier den ersten Rätekongress abhielten, und dann später haben wir von den verschiedenen Seiten gehört, es werde keinen neuen Rätekongress geben, alles müsse von der Nationalversammlung kommen. Die Nationalversammlung werde schon alles machen. Meine Herren! Wer gibt sich heute noch dieser Illusion hin. Wenn wir allerdings gerecht sein wollen, so müssen wir alle sagen: wir sind alzumal Sünder! Wer dem Räteystem dienen will, der muß fraktionelle Schranken beiseite lassen! Der Parteistreit vertritt sich nicht mit dem Räteystem. Wo heute das deutsche Wirtschaftsleben aufs tiefste erschüttert wird, da sollte man Umschau halten nach den Grundlagen, auf denen wir zu gesunden Verhältnissen gelangen können. Wenn wir das aber tun wollen, dann müssen wir uns über eins klar werden: das Räteystem ist nicht zu vereinbaren mit dem Wesen des landläufigen demokratischen Prinzips. Die reine Demokratie kann nicht erreicht werden, solange der formale politische Gleichheit nicht die ökonomische Gleichheit zugrunde liegt. Das klassische Beispiel dafür, daß neben der weitestgehenden politischen Freiheit die schlimmste ökonomische Ungerechtigkeit wohnen kann, haben wir in Amerika. Dagegen ist — wir haben den Mut, das hier auszusprechen — Rußland das einzige Land, in dem sich das Prinzip des Räteystems auf gesunder Grundlage entwickelt hat. Wir müssen uns hüten, uns in der Beurteilung der Dinge von dem Schreckenspens des Bolschewismus beeinträchtigen zu lassen. In einer Verlammlung wie hier, muß es gesagt werden, daß ein so ungeheurer revolutionärer Strom, wie er über Rußland hinweggegangen ist, selbstverständlich viel Schlimmes mit sich führt. Wenn man die Ereignisse, die im Gefolge der russischen Revolution zutage getreten sind, richtig verstehen will, dann muß man sich vergegenwärtigen, daß die Revolution geboren worden ist aus dem Blutauswurf des Weltkrieges. Meine Herren! Wer von Ihnen kann garantieren, daß es in Rußland anders wäre, wenn der Meißner, der Sozialrevolutionär oder der Rabatt gefiegt hätte. Sie verstehen den Gang der Dinge in Rußland einfach deshalb nicht, weil Sie in den Geist Marxens nicht eingedrungen sind. Wären Sie das, so könnten Sie unmöglich einstimmen in die wüsten Anklagen gegen den Bolschewismus. Das eine sollte Sie doch schon gemerkt haben, daß man immer von dem Bolschewismus spricht, in Wirklichkeit aber nicht anderes meint, als den Sozialismus. Cohen ist mit aller Energie hier aufgetreten gegen die Rätebiktatur. Was ist ein Schlagwort. Haben wir etwa jetzt keine Diktatur? Wir haben sie! Wir haben die Diktatur und sie tritt uns täglich entgegen. Sie beherrscht uns mit Handgranaten. Wer eine Meinung hat, die abweicht von der der Regierung, der tut gut, jetzt auf seiner Hut zu sein. Lüttich löst die Arbeiterräte auf. Wir haben nach den Maueranschlägen der Regierung heute in Deutschland die meiste Freiheit, aber — Versammlungen dürfen wir nicht abhalten. (Stürmische Heiterkeit.) Manche Formen mögen sich geändert haben. Das System hat sich nicht geändert. Wir wissen sehr wohl, daß alles dies Machtfragen sind. Aber glauben Sie wirklich, wir seien so brutale Burken, daß wir diese Machtfragen mit Maschinengewehren und Handgranaten lösen wollten? Wenn sich der Kongress auf den Boden einer rein wirtschaftlichen Funktion stellt und den Arbeiterräten keine politischen Kompetenzen zuweist, dann werden wir niemals zur Ruhe kommen. (Beifall links.) Der Antrag Cohen läuft in seinem Kern auf eine neue Art von Fabrikdemokratie hinaus. Wir fassen den Gedanken des Räteystems fester. Wir wollen eine Verständigung zwischen Kopf- und Handarbeiter. Glauben Sie, daß wir heute in Berlin die Streiks von Bankbeamten und Industriearbeitern hätten, ohne die Revolution? (Rufe: Nein!). Die Revolutionsgeschichte lehrt uns, daß Streiks schon immer die Begleiter der Revolution waren. Es hat also gar keinen Zweck, sich heute über die Streiks sittlich erheben zu wollen. Führt man fort, sich auf die rein brutale Macht zu stützen, der Gegenrevolution mit beiden Händen Vollmacht zu geben, dann wird man sehen, wohin man kommt! Die Gegenrevolution hat geschickte Anwälte. Die Bewaffnung des platten Landes bedeutet, daß man dort eine neue Vendee vorbereitet! Und wie hat man die kümmerlichen Ueberreste des Militarismus gehätschelt! Wir verlangen die Durchbringung des politischen und wirtschaftlichen Lebens mit dem Rätegedanken. Voraus-

setzung dazu bildet eine klare und präzise Scheidung der Aufgaben der Arbeiterräte in politische und ökonomische. Wir verlangen Betriebsräte, die die Interessen der Arbeiter in den Betrieben wahrzunehmen und die Sozialisierung der Betriebe vorzubereiten haben. Auf der andern Seite müssen wir politische Arbeiterräte einsehen, deren Aufgaben außerhalb der Betriebe liegen. Aus diesen Institutionen ergeben sich Kreis- und Bezirksräte. Der Rätekongress ist die höchste Instanz des ganzen Systems. Dem Rätekongress empfängt die Regierung ihre Direktiven. Die Regierungsleute werden also wieder Volksbeauftragte. (Lebhafter Beifall.) Das ist um so erstrebenswerter, als wir gesehen haben, daß der Ministerbündel auch bei den heutigen Regierungsleuten noch recht stark ausgeprägt ist. Im Großen und Ganzen ist zu sagen: uns liegt daran, tagtäglich aus diesem fürchterlichen Bankrott der Kulturmenschen herauszukommen. Die einzige Möglichkeit dazu ist die Einführung des Räteystems. Die Regierung wolle von diesem System nichts wissen. Sie erkläre, man denke nicht daran, das Räteystem in das Verfassungsleben Deutschlands irgendwie einzuführen. Aber es kam der 5. März und an allen Straßenecken klebten Plakate, die der Arbeiterschaft die Eingliederung des Räteystems in die Verfassung versprachen. Wenn bei der jetzigen Regierung überhaupt etwas funktioniert hat, dann ist es die Plakattätigkeit. (Stürmische Heiterkeit.) Die Einführung des Räteystems ist unser Wille und den legen wir durch. Auch in der Frage der Finanzierung des Räteystems werden wir Zugeständnisse erhalten müssen. Wir wollen keine neue Zerstückelung der Arbeiterschaft, sondern ein Zusammenwirken des gesamten Proletariats. (Beifall.) Wenn wir dieses Zusammenwirken auf Grund des Räteystems erreichen können, dann können wir den Offiziersputz überwinden, der da kommen wird. Mit allen Arbeitern und mit ihren Vertretern, denen der Sozialismus Herzensache ist, werden wir noch zusammenkommen.

Nunmehr wird in die Diskussion eingetreten.  
Dr. Michaelis (Dem.): Es ist geradezu erstaunlich, wie einzelne Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft sich über die Grundzüge der Demokratie hinwegsetzen. Das passive Wahlrecht für die Arbeiterratswahlen sollen nur organisierte Sozialdemokraten haben. Wir halten daran fest, daß der Wille des ganzen Volkes letzten Endes die Entscheidung herbeiführen hat. Demokratie ist nicht Mehrheits-, sondern Volksherrschaft. Aber was die Linkstendenz wollen, ist Klassen- und Vöbelherrschaft. (Unruhe links.) Der Sinn der Revolution ist doch der, daß über das Vorrecht der Geburt, über dem Kapital hinweg die Arbeit die erste Stelle im Staate einnimmt. Wir stimmen mit den Vorrednern darin überein, daß wir eine Umänderung des bestehenden Wahlreglements zu den Arbeiterräten fordern. Ehe der Zentralrat das jetzt geltende Reglement festsetzt, hätte er eine Theateraufführung, eine Gemälsammlung oder ein Konzert besorgen sollen, um zu wissen, daß es auch neben den Arbeitern in den Fabriken Arbeiter des Geistes gibt, daß wir auch ein Kulturvolk sind. (Lebhafter Beifall v. d. Demokraten.) Aus den Berufen heraus müssen die Arbeiterräte gewählt werden. Das macht allen arbeitenden Deutschen zur Pflicht, sich berufsständisch zu organisieren. Wer das nicht tut, hat keinen Platz im Räteystem. Für die kommunalen Arbeiterräte können wir eine Erziehungsberechtigung nicht anerkennen. Der Gedanke eines Reichswirtschaftsrats oder Proportionsrats ist doch nur ein Kaput aus der Bismarckschen Küche. Wir dürfen das Einkammerreglement nicht preisgeben. Man könnte, um nicht die Gesetze der Demokratie zu verletzen, dem Reichsarbeitsrat dieselben Rechte einzuräumen, wie dem Staatsauschuß, und beide Körperlichkeiten der Nationalversammlung unterordnen. Im scharfen Gegensatz zu Herrn Däumig können wir dem Reichsarbeitsrat keine politischen Kompetenzen zugestehen. Die Arbeiterräte sollen die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter sein. Darum können wir ihnen nur ein Mitbestimmungsrecht auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete zugestehen. Wir wollen mehr sein, als ein proletarischer Staat, wir wollen ein Kulturstaat sein, in dem alle Glieder des Volkes gleichberechtigt sind, in dem die Arbeit den ersten Platz einnimmt. (Lebhafter Beifall rechts.)  
Darauf tritt das Haus in die Mittagspause ein.

### Der Rätekongress

wurde gestern geschlossen. Wir sind leider wegen Papiermangels gezwungen, die ausführlichen Berichte in gedrängten Abschnitten zu bringen. Bei den Abstimmungen wurde der Antrag, der Zentralrat solle als höchste Instanz aller deutschen Arbeiter- und Bauernräte erklärt und die Zahl der Mitglieder auf 28 festgesetzt werden, einstimmig angenommen. Der Antrag der Unabhängigen auf paritätische Zusammensetzung des Zentralrats wurde abgelehnt. Die Unabhängigen verweigerten daraufhin ihre Mitarbeit im Zentralrat. Der Zentralrat wird daher zunächst nur aus 21 Mitgliedern bestehen, 16 Mehrheitssozialisten, zwei Angehörigen der Soldatenratifikation, einem Demokraten, einem Bauernbündler und einem Vertreter der Christlichen Gewerkschaften. Sieben Sitze werden den Unabhängigen offen gehalten. Dann erfolgte noch die Wahl von neun Mitgliedern zum provisorischen Reichsoldatenrat. Gegen 8 Uhr wurde der Kongress geschlossen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.  
In Dresden

Ist es ruhig. Der Waffenablieferung ist nur teilweise nachgekommen worden. Regierungstruppen haben ein Automobil, in dem Aufständische nach Berlin zu entkommen suchten, infolge einer Panne wieder erlangt, jedoch ohne die Insassen. In dem Auto waren 3 Maschinengewehre, 4 Kisten Munition und 21 Gewehre. Da heute starke Truppenmassen in den Vororten von Dresden angekommen sind, ist mit größeren Unruhen zunächst wohl nicht zu rechnen. Der zum Kriegsminister ernannte Kirchhoff ist Verbandsbevollmächtigter der Schneider in Dresden, Vorsitzender des Gewerkschaftsartikels und Mitglied der sächsischen Kammer.

### Die Braunschweiger streifen weiter.

Die Unternehmer stellen den Streikenden die Forderung, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie die Betriebe bis 8 Tage nach Ostern geschloffen halten würden. Die Vertreter der streikenden Arbeiter beschloffen daraufhin, im Generalkonferenz zu beharren. Der Beamten- und Bürgerstreik dauert ebenfalls fort. Dem Beamtenstreik schlossen sich die sächsischen Beamten an. Auch die Postbeamten streiken.

### Aus dem Ruhrrevier

wird eine Besserung in der Arbeitsaufnahme gemeldet. In Düsseldorf haben die Kämpfe aufgehört, nachdem am Sonnabend im Stadtteil Oberbilk gekämpft worden war. Die Verwundungen, hauptsächlich in der Kölner Straße, sind sehr erheblich. Die Masten und Leitungen der Straßenbahnen liegen zertrümmert, die Fenster sind zertrümmert, die Dächer abgedeckt und ganze Stadwerke eingestürzt. Die Essener „Arbeiterzeitung“ wendet sich gegen das Eingreifen von Regierungstruppen, die mitunter aufreizend vorgehen. Die Sicherheitswehr am Orte hätte vollkommen genügt.

### Neue Kämpfe in München.

München ist wieder in den Händen der Spartakisten. Die Annahme, daß mit dem in aller Ruhe vollzogenen Sturz der Münchener Räte-Republik die Ordnung dauernd wieder hergestellt sei, hat sich als irrig erwiesen. Seit vorgestern abend hat die Regierung keinerlei Nachrichten mehr von München erhalten. In der Stadt München sind noch schwere Kämpfe im Gange. Der Verkehr ist vollkommen eingestillt. Artillerie und Minenwerfer haben in dem Kampf eingegriffen. Das Bahnhofsviertel hat besonders gelitten.

In Bamberg traf gestern spät abends die Nachricht ein, daß der Kampf in München eingestellt worden sei. Die Spartakisten haben vorerst die Oberhand behalten. Das Proletariat wurde bewaffnet und der Stand der Roten Armee, welche großen Zuwachs erhält, beläuft sich bereits auf mehr als 10 000 Mann. 60 Verwundete wurden seither in die Lazarett eingeliefert und bis zu 50 Toten wurden gezählt.

### Das Referendum in Baden.

Bei der Volksabstimmung in Baden wurde die Verfassung mit 355 000 gegen 20 000 Stimmen angenommen. Für die Fortsetzung der Nationalversammlung als Landtag stimmten 355 000, dagegen 21 000. Die Bezirke Rehl und Konstanz fehlen noch. Die Stimmbeteiligung betrug 30 bis 35 Prozent.

### England.

Die Abstimmung der Bergarbeiter. Bis Sonntag hatten von den englischen Grubenarbeitern 448 362 für die Annahme der Regierungsofferte gestimmt und nur 53 864 dagegen. Die noch ausstehenden Bezirke werden auf diesem Ausfall wenig ändern.

## Aus Nah und Fern.

Streifenkampf in Iserlohn. Nach einer Versammlung in der Kaiserhalle, in der der Kommunistenführer Brenner eine Rede über die Weltrevolution und das bewaffnete Bürgerium gehalten hatte, begab sich ein Demonstrationszug von Kommunisten zum Rathaus, um die Sicherheitswehr aufzulösen. Die Fensterhebeln wurden eingeschlagen und etwa 20 Gewehre unbrauchbar gemacht. Auf beiden Seiten wurde geschossen und mit Handgranaten geworfen. Bisher sind acht Verwundete ins Krankenhaus eingeliefert worden.

## Der Schimmelreiter.

Kovelle von Theodor Storm.

18. Fortsetzung.

Einige Abende später standen Knecht und Junge miteinander vor der Stalltür; hinterm Deich war das Abendrot erloschen, innerhalb desselben war schon der Rogg von tiefer Dämmerung überwallt; nur selten kam aus der Ferne das Gebrüll eines aufgeregten Kindes oder der Schrei einer Lerche, deren Leben unter dem Ueberfall eines Wiesels oder einer Wassertaube endete. Der Knecht lehnte gegen den Türpfosten und rauchte aus einer kurzen Pfeife, deren Rauch er schon nicht mehr sehen konnte; gelirchten hatten er und der Junge noch nicht zusammen. Den Lehreten aber drückte etwas auf die Seele, er wußte nur nicht, wie er dem schweigenden Knechte antworten sollte. „Du, Joven!“ sagte er endlich, „weißt du, das Pferdgeripp auf Jeverersland?“  
„Was ist damit?“ fragte der Knecht.  
„Ja, Joven, was ist damit? Es ist gar nicht mehr da; weder Tages noch bei Mondschein; wohl zwanzigmal bin ich auf den Deich hinausgelaufen!“  
„Die alten Knochen sind wohl zusammengepoltert!“ sagte Joven und rauchte ruhig weiter.  
„Aber ich war auch bei Mondschein draußen; es geht auch drüben nichts auf Jeverersland!“  
„Ja,“ sagte der Knecht, „sind die Knochen auseinandergefallen, so wird's wohl nicht mehr aufstehen können!“  
„Nach keinen Spaß, Joven! Ich weiß jetzt ich kann dir sagen, wo es ist!“  
Der Knecht drehte sich jäh zu ihm: „Nun, wo ist es denn?“  
„Wo?“ wiederholte der Junge nachdrücklich. „Es steht in unserem Stall; da steht's, seit es nicht mehr auf der Hallig ist. Es ist auch nicht umsonst, daß der Wirt es allzeit selber füttert; ich weiß Bescheid, Joven!“  
Der Knecht parste eine Weile heftig in die Nacht hinaus. „Du bist nicht klug, Carsten,“ sagte er dann; „unser Schimmel? Wenn je ein Pferd ein lebigs war, so ist es der! Wie kann so ein Alterswellsunge wie du in solch Altem-Weiberglauben sitzen!“  
„Aber der Junge war nicht zu behexen; wenn der Teufel in dem Schimmel steckte, warum sollte er dann nicht lebendig sein! Im Gegenteil, um desto klümmel! — Er fuhr jedesmal erstickt zusammen, wenn er gegen Abend den Stall betrat, in dem auch

jeurigen Kopf so jäh nach ihm herumwarf. „Hol's der Teufel!“ brummte er dann; „wir bleiben auch nicht lange mehr zusammen.“  
So tat er sich denn heimlich nach einem neuen Dienste um, kündigte und trat um Allerheiligen als Knecht bei Ole Peters ein. Hier fand er andächtige Zuhörer für seine Geschichte von dem Teufelspferd des Deichgrafen; die bide Frau Bollina und deren geisteskranker Vater, der frühere Deichgevollmächtigte Jek Harder, hörten in behaglichem Geseheln zu und erzählten sie später allen, die gegen den Deichgrafen einen Groll im Herzen oder die an derart Dingen ihr Gefallen hatten.

Inzwischen war schon Ende März durch die Oberdeichgrafschaft der Befehl zur neuen Eindeichung eingetroffen. Hauke berief zunächst die Deichgevollmächtigten zusammen, und im Krüge oben bei der Kirche waren eines Tages alle erschienen und hörten zu, wie er ihnen die Hauptpunkte aus den bisher erwachsenen Schriftstücken vorlas: aus seinem Antrage, aus dem Bericht des Oberdeichgrafen, zuletzt den schließlichen Bescheid, worin vor allem auch die Annahme des von ihm vorgeschlagenen Profites enthalten war, und der neue Deich nicht feil wie früher, sondern allmählich verlaufend nach der Seeseite abfallen sollte; aber mit heiteren oder auch nur zufriedenen Gesichtern hörten sie nicht.

„Ja, ja,“ sagte ein alter Gevollmächtiger, „da haben wir nun die Befehlung, und Proteste werden nicht helfen, da der Oberdeichgraf unserm Deichgrafen den Daumen hält!“

„Hast wohl recht, Deihlen Wiens,“ setzte ein Zweiter hinzu; „die Frühlingsarbeit steht vor der Tür, und nun soll auch ein millionenlanger Deich gemacht werden — da muß ja alles liegen bleiben.“

„Das könnt ihr dies Jahr noch zu Ende bringen,“ sagte Hauke; „so rasch wird der Stecken nicht vom Zaun gebrochen!“

Das wollten Wenige zugeben. „Aber dein Profil!“ sprach ein Dritter, was Neues auf die Bahn bringend; „der Deich wird ja auch an der Außenseite nach dem Wasser je breiter, wie Laurenz sein Kind nicht lang war! Wo soll das Material herkommen? Wann soll die Arbeit fertig werden?“

„Wenn nicht in diesem, so im nächsten Jahre; das wird am meisten von uns selber abhängen,“ sagte Hauke.

Ein ängstliches Lachen ging durch die Gesellschaft. „Aber wozu die unnütze Arbeit; der Deich soll ja nicht höher werden als der alte,“ rief eine neue Stimme; „und ich mein, der steht schon

„Da sagt ihr recht,“ sprach Hauke, „vor dreißig Jahren ist der alte Deich gebrochen; dann rückwärts vor fünfundsiebzig, und wiederum vor fünfundsiebzig Jahren; seitdem aber, obgleich er noch immer feil und unvernünftig dasteht, haben die höchsten Fluten uns verschont. Der neue Deich aber soll trotz solcher hundert und aber hundert Jahre stehen; denn er wird nicht durchbrochen werden, weil der milde Abfall nach der Seeseite den Wellen keinen Angriffspunkt entgegenstellt, und so werdet ihr für euch und eure Kinder ein sicheres Land gewinnen, und das ist es, weshalb die Herrschaft und der Oberdeichgraf mit den Damen halten; das ist es auch, was ihr zu eurem eigenen Vorteil einsehen solltet!“

Als die Versammelten hierauf nicht sogleich zu antworten bereit waren, erhob sich ein alter weißhaariger Mann mühsam von seinem Stuhle; es war Frau Olfes Pate, Jeme Manners, der auf Haukes Bitten noch immer in seinem Gevollmächtigen-Amte verblieben war. „Deichgraf Hauke Haien,“ sprach er, „du machst uns viele Unruhe und Kosten, und ich möchte, du hättest damit gewartet, bis mich der Herrgott hätte zur Ruhe gehen lassen; aber recht hast du, das kann nur die Unvernunft bestreiten. Wir haben Gott mit jedem Tag zu danken, daß er uns trotz unserer Trägheit das kostbare Stück Vorland gegen Sturm und Wasserdrang erhalten hat; jetzt aber ist es wohl die erste Stunde, in der wir selbst die Hand anlegen müssen, es auch nach al unserm Wissen und Können selber uns zu wahren und auf Gottes Langmut weiter nicht zu trogen. Ich, meine Freunde, bin ein Greis; ich habe Deiche bauen und brechen sehen; aber den Deich, den Hauke Haien nach ihm von Gott verliehener Einsicht projektirt und bei der Herrschaft für euch durchgeleitet hat, den wird niemand von euch Lebenden brechen sehen; und wolltet ihr ihm selbst nicht danken, eure Enkel werden ihm den Ehrenkranz doch einstens nicht verjagen können.“

Jeme Manners lehnte sich wieder, er nahm sein blaues Schnupftuch aus der Tasche und wischte sich ein paar Tropfen von der Stirn. Der Greis war noch immer als ein Mann von Tüchtigkeit und unantastbarer Rechtsschaffenheit bekannt, und da die Versammlung eben nicht geneigt war ihm zuzustimmen, so schwieg sie weiter. Aber Hauke Haien nahm das Wort; doch sahen alle, daß er bleich gemorden. „Ich danke Euch, Jeme Manners,“ sprach er, „daß Ihr noch hier seid, und daß Ihr das Wort gesprochen habt; ihr anderen Herren Gevollmächtigten wolltet den neuen Deichbau, der freilich mir zur Last fällt, zum mindesten anfehen als ein Ding, das nun nicht mehr zu ändern steht, und laßt uns demgemäß be-



# Bekanntmachung

## betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 14. bis 20. April 1919 werden 100 Gramm frisches und 100 Gramm Mischfleisch für erwachsene Personen, für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte, ausgesetzt. Der Preis für das Mischfleisch beträgt M. 4.30 für das Pfund. Auf jede Fleischkarte muß außer dem Fleisch auch Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Fleischwurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Ration ist jede Fleischkarte, die den Aufdruck „No Anteil“ trägt, nur 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Außer dem Fleisch und der Fleischwurst gelangen 125 Gramm Weißkohl, 131 des Mischfleischs, 131 des Mischfleischs oder 131 des Mischfleischs zur Ausgabe. Der Preis hierfür beträgt Markt 3.60 für das Pfund.

Lübeck, den 15. April 1919.

Das Landesverorgungsamt.

# Bekanntmachung.

Der von den Selbstversorgern an die Mühlen zu entrichtende Mahlelohn für Brotgetreide wird vom 15. April ab um 50 Pfg. für den Doppelpentner erhöht. Der Mahlelohn beträgt mithin M. 4.50 und der Schrotlohn M. 3.50 für den Doppelpentner.

Lübeck, den 11. April 1919.

Das Landesverorgungsamt.

Nr. 1.

# Ausländische Taschentücher

wunderbare Muster, auf Extratischen, Eingang Johannisstraße

Stück 345

Rudolph Karstadt Lübeck

Korn-Ges.

Für die uns anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes

Emil

überbrachten Geschenke und Glückwünsche sagen herzlichsten Dank

Aug. Busch und Frau  
nebst Sohn.

842

Am Sonnabend, dem 12. April starb nach kurzer schwerer Krankheit unser Kollege und Mitarbeiter, der Schloffer

(858)

**Wilhelm Schröder.**

Wir werden demselben ein trauerndes Andenken be-mehren.

Die Arbeiter u. Arbeiterinnen der Suerca-Werke.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb am Sonnabend, dem 12. d. Mts., unser wertiges Mitglied

**Wilhelm Schröder.**

Dem Verstorbenen, welcher viele Jahre ein eifriger Helfer bei unserem Leseverein ist, werden wir alle ein trauerndes Andenken be-mehren.

(812)

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 17. d. Mts., 8 1/2 Uhr von der Kapelle des Bürger-Friedhofes statt.

NB. Die Beerdigung beginnt um 8 Uhr beim Restaurant Stadtpark.

Saxler-Club Hausa von 1898.

**Ernst Giese**  
**Dora Giese**

geb. Niemann

Vermählte.

Kensfeld, den 12. April 1919.

Allen Verwandten, Bekannten und Sängern vom Gesangsverein „Harmonie“ für die vielen Gratulationen und Geschenke sagen ihren innigsten Dank. D. O.

Seine hoch 64 Jähr. Entschlafener hat nach längerem Leiden mein lieber Sohn, mein lieber Vater, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Neffe und Onkel

**Wilhelm Schröder**

im 70. Lebensjahre am Donnerstag, dem 17. April, morgens 8 1/4 Uhr von der Kapelle des Bürger-Friedhofes.

Lübeck, den 14. April 1919.

Gleichzeitige Beerdigung.

In tiefer Trauer

**Elise Schütt**

geb. Petersen.

Heinz Schütt u. Frau

Else geb. Ringius.

Albert Schütt u. Frau

Breta geb. Eger.

Marie Schütt

geb. Schacht

Martha Schütt und

Hess Richter.

Henry Schütt

und 4 Enkelkinder.

Lübeck, Eingek. Nr. 14.

Beerdigung findet Sonnabend, den 19. April, um 8 1/2 Uhr, in der Bürger-Kapelle statt.

(774)

# Deputatenecht

vergrößerter, der mit allen landwirtschaftlichen Maschinen versehen und ein Antifer

bei Hoyerhoff u. Söhne.

# Deutscher Metallarbeiterverband

Berwaltungsstelle Lübeck.

Am Sonnabend, dem 12. d. Mts., starb unser Mitglied

**Wilhelm Schröder.**

Bes. 45.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 17. d. Mts., vorm. 8 1/4 Uhr, von der Kapelle des Bürger-Friedhofes aus statt.

(883) Die Ortsverwaltung.

# Schuhmergerelle

für dauernde Arbeit b. out. Lohn

Zu melden Julius Jarkowski

Seitens, Lübeckstr. 34. (799)

# 2 Stuhlergelellen,

die sauber polieren, für dauernd

geschult. (801)

**O. West, Südr. 41.**

Schulbücher für Mittelschule

Klasse 6-1 zu verkaufen.

(888) Glorinstraße 3 b.

Neuer Anaben-Schulanzel

zu verkaufen.

(786) Gottmikstraße 67. I.

Ein Paar Kinderstühle, Nr. 21

gegen 23 zu verkaufen gesucht.

(807) Heinrichstr. 1 b.

Ein fast neuer Junglingsanzug

zu verkaufen.

(808) Wiedestr. 33-35 II.

1 Bl. Kommissl., Nr. 42, 1 Witw.

Hose, n. Schnitt 80, 1 Damen-

Sommerhut a. bel. 1 Paar D-

Schuhe Nr. 37 geg. 39 a. vertausch.

(824) Südr. 66 Hinterh.

Gute Voll-Gesetze zu verkaufen

(855) Friedenstr. 83 st.

1 Paar Spasfütterel zu vertausch

(856) Sedanstr. 20 st.

Schlüsselbund verloren auf dem

Wege Friedrich-Allee bis Geibel-

platz. Abzuheben. Kriegerstr. 88 I.

Verloren Palmsonntag abend

von Kolonie bis Sophienmer-

goldene Damenuhr m. Monogr.

N. M. u. Antefidelle. Der ehrf.

Fund w. geb., diesel. geg. gute Bel-

abgeben Kolonie Nr. 179 oder

Lübeck, Südr. 123 II. (777)

Am 16. April feiert ihr 25jähr.

Dienstjubiläum die

**Gebauze Frau Bahr,**

(839) Danienstraße.

# Das Kartoffelland auf Roggenpohl

wird am Freitag und Sonnabend dieser Woche zu gemieteten

Dramat. Unterricht bis zur Bühnereife, Sprachtechnik für Private

Oberspielleiter Benthien,

(854) Töpferweg 71 I.

Für drei Gluckwünsche und Geschenke zur Konfirmation

unseres Sohnes Paul danken herzlich

**R. Peters und Frau**

(825) nebst Sohn Alfred.

Für die Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation

unseres Sohnes Paul danken herzlich

**Fr. Roggentin**

(801) und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation

sagen herzlichsten Dank.

**Ch. Landherr und Frau**

(852) nebst Tochter Wada.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unseres Sohnes Wilhelm danken herzlichsten Dank.

**Wilhelm Prüssmann**

und Frau nebst Sohn

(841) Wilhelm.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich

**H. Möller und Frau**

(766) nebst Tochter Frieda.

Wielandstr. 12.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter

**Friedr. Jakobs und Frau**

(767) nebst Tochter.

Für die Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation danken herzlich

**Hans Tralau und Frau**

(768) nebst Tochter Minna.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation meiner Tochter

**Chr. Racksien und Frau**

(769) nebst Tochter Grete.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

danken herzlich

**Kari Hamann und Frau**

(771) nebst Tochter Elia.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unserer Tochter Gretchen sagen herzlichsten Dank

**Ludwig Müller u. Frau u. Tochter**

(772) Samsbrar Landstr.

Für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter

**Else**

(774) nebst Tochter Hans.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unserer Tochter Elisabeth danken herzlich

**Heinr. Dettmann und Frau**

(773) nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unserer Tochter Elisabeth danken herzlich

**Wilhelm Beck und Frau.**

(775) nebst Tochter

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation

unserer Tochter Gretchen danken herzlich

**Ludwig Rodde u. Frau**

(812) nebst Tochter Elisabeth.

Gräbenstraße 26 II.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unseres Sohnes sagen besten Dank.

**K. Giese und Frau.**

(848) nebst Tochter

Für die vielen Gratulationen und Geschenke danken herzlich

**F. Kreutzfeldt und Frau**

(875) nebst Sohn Hans.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer

Tochter Martha danken herzlich

**Fritz Fahrenkrug**

(844) u. Frau u. Tochter Martha

Für die Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation

unseres Sohnes Hans danken herzlich

**H. Matthiessen und Frau**

(847) nebst Sohn.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anlässlich der Konfirmation

meines Sohnes

**Helmut**

(849) nebst Sohn.

Mariestraße 6.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation

unserer Tochter Grete danken herzlich

**Heinr. Jacobs u. Frau**

(846) nebst Tochter Grete.

Für die zahlreichen Gratulationen zur Konfirmation

unseres Sohnes

**Otto Kempcke u. Frau**

(831) nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken

herzlich

**Berhard Buche und Frau**

(835) nebst Tochter Frieda.

Für die zahlreichen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation

unserer Tochter Herta danken herzlichsten Dank.

**Peter Schröder u. Frau.**

(884) nebst Tochter Herta.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unseres Sohnes Karl sagen herzlichsten Dank.

**Karl Behnsack u. Frau**

(785) nebst Sohn Carl.

Für die zahlreichen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation

unserer Tochter Erna danken herzlich

**Gust. Kleinfeldt u. Frau**

(818) nebst Tochter Erna.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter

danken herzlich

**K. Wilken und Frau**

(868) nebst Tochter Elisabeth

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation

danken herzlich

**E. Sawow und Frau**

(804) nebst Tochter Herta.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes

danken herzlich

**F. Gröppler**

(814) u. Frau u. Sohn Friedrich

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken

herzlich

**Otto Schröder und Frau**

(815) nebst Tochter Emma.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unseres Sohnes Friedrich danken herzlich

**A. Reiser und Frau**

(814) nebst Tochter Herta.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unseres Sohnes Wilhelm danken herzlich

**J. Schmidt u. Frau nebst Sohn.**

(788) nebst Tochter

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

danken herzlich

**Paul Krempien und Frau**

(755) nebst Sohn Max.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

danken herzlich

**Wilh. Schildt und Frau**

(758) nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

danken herzlich

**Karl Benthien und Frau**

(765) nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation

unseres Sohnes Herbert danken herzlich

**H. Wilms u. Frau nebst Sohn.**

(751) nebst Tochter

Für die vielen Gratulationen und Geschenke unserer Tochter

**Helene**

(823) nebst Tochter Rosa.

Für die viel Glückwünsche u. Geschenke zur Konfirmation

unser